

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. Oktober 1902.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Der Tanz zur mittleren Linie.

Am Donnerstag begann die zweite Lesung des Zolltarifs im Reichstag. Das Haus war ziemlich gut besetzt, die Tribünen hatten in Spannung.

Voraus ging die Eröffnung der socialdemokratischen und der freisinnigen Interpellation über die Fleischnot. Graf Bälou stand zunächst draußen vor der Thür. Den Hinauswurf der Interpellationen persönlich zu erledigen, dazu hielt er sich für zu vornehm; er wollte sich für den großen Moment der Zollklärung der verbündeten Regierungen aufbewahren. Deshalb hatte er seinen Untergebenen Pofadowsky beauftragt, das Erscheinen herbeizuführen, daß die Regierung die Interpellationen erst beantworten werde, wenn die eingeleiteten Erhebungen über die Fleischnot abgeschlossen seien. Mit dieser Antwort war die Begründung und Besprechung der Interpellationen vereitelt. Mögen Millionen unter der unerhörten Fleischsteuerung leiden und darben — was thut's, die Regierung veranstaltet in Ruhe und Gemächlichkeit Erhebungen! Sie ist plötzlich von dieser Leidenschaft für wissenschaftliche Gründlichkeit erfaßt worden, obwohl die Sachlage völlig klar ist und obwohl durch Aufhebung der Grenzschranken sofort ohne jede Schwierigkeit die Not gelindert werden könnte. Diese Erhebungssucht bei unabweislichen Thatsachen steht im schroffsten Widerspruch zu der Erhebungsfrage, mit der sich dieselbe Regierung geübert hat, durchs ganze dunkle Gebiet statistisch zu erfassen. Als beim Zolltarif eine Enquete über die Not der Landwirtschaft gefordert wurde, über die nur Behauptungen, keine Thatsachen vorliegen, erklärte man dies für zu zeitraubend und unnützlich! Man zog es vor, die agrarischen Wünsche durch nichts zu begründen wie durch die Wünsche der Interessenten. Ebenso werden erst nach dem Zolltarif die Untersuchungen über das Kartellwesen eingeleitet, die doch der Einbringung geschwiegen denn der Beratung und der Beschlußfassung über den Zolltarif vorausgehen müßten. So vertagt man Erhebungen, wenn die Verhältnisse dringend einer Durchforschung bedürfen — aus Obstruktion gegen die Wahrheit. Hingegen veranstaltet man willkürlich und überflüssig Erhebungen, um sich der Abhilfe unabweislich trauriger Verhältnisse zu entziehen — aus Obstruktion gegen die sociale Pflicht!

Es ist übrigens eine Widersinnigkeit unserer parlamentarischen Geschäftsordnung, daß zwar Interpellationen begründet und diskutiert werden können, wenn die Regierung eine Verantwortung verweigert, daß es aber keine Möglichkeit giebt, eine Interpellation zur Erörterung zu bringen, wenn die Regierung die Antwort in einem fernem unbestimmten Zeitpunkt zu erteilen verspricht. Damit hat die Regierung es in der Hand, die wichtigsten Erörterungen gerade dann zu vereiteln, wenn sie am dringendsten notwendig sind. Die Obstruktion, welche die verbündeten Regierungen auf Grund eines bedauerlichen Mangels der Geschäftsordnung gegen die Fleischnot-Interpellationen treiben, ist allerdings geeignet, den deutschen Scheinparlamentarismus und die Regierung aufs schwerste zu kompromittieren.

Nach der Vereitlung der Fleischnot-Interpellationen öffnete sich das Thor und herein marschierte der Rittmeister Graf Bälou — ohne Uniform — gefolgt von einer „glänzenden“ Suite von diensthabenden Ministern: Nishofen, Thielmann, Treppe, Rheinbaben, Möller, Bobbieloh, v. Hammerstein. Die ganze preussische Intelligenz war aufgeboten. Zunächst eine kurze Geschäftsordnungs-Debatte. Dann nahm Graf Bälou das Wort. Er hielt eine sehr ausführliche Rede, die so eifrig auf dem schlappen Drahtseil der mittleren Linie tanzte, daß man hätte meinen können, der Reichskanzler wäre eben von der nationalliberalen Delegiertenversammlung gekommen. Der Zweck der ersten neun Zehntel seiner Ansprache war nicht recht zu erfassen; denn erst die letzten Sätze brachten die erwarteten Erklärungen. Vermutlich wollte Graf Bälou zeigen, daß er sich während der Sommerpause gründlich in die Materie eingearbeitet habe. Mit einer gewissen Behmut konnte man bei diesen leicht plätschernden Agrardeduktionen der mittleren Linie an die erste, durchdachte Rede denken, die einst Caprivi über die gleiche Frage gehalten hat. Der derzeitige Kanzler ist bei seinen wirtschaftspolitischen Studien, die er dankenswerterweise zwischen der ersten und zweiten Lesung begonnen, leider in den Anfangsgründen stecken geblieben. Vielleicht wäre sein Vortrag besser geraten, wenn er vorläufig weiter geforscht hätte und erst bei der dritten Lesung den einleitenden Vortrag gehalten hätte. Zu allem Unglück hatte Graf Bälou das Mißgeschick, bei der Auswahl der sparsam aufgespeicherten Beweisgründe gerade solche zu erwählen, die wegen ihrer absoluten, längst nachgewiesenen Unrichtigkeit selbst von den besten der unter ihrer schlechten Befolgung schätzenden Wanderredner des Bundes der Landwirte nicht mehr bemerkt werden. So wiederholte er die unwahre Behauptung Rheinbabens, daß während der Dauer des fünf-Mark-Zolls keine Steigerung der Getreidepreise erfolgt sei. Das genaue Gegenteil ist der Fall, die Preise stiegen stetig und erreichten schließlich eine unerträgliche Höhe; Graf Bälou selbst war so lebenswichtig, seine Behauptung Lügen zu strafen, indem er daran erinnerte, daß 1891 die Not so groß war, daß allgemein eine Aufhebung der Zölle gefordert wurde. Nicht minder thöricht war der Hinweis auf die hohen Getreidepreise Frankreichs; der Kanzler sollte sich von einem Geheimrat die nicht-unbefangene Thatsache einprägen lassen, daß fast die gesamte Getreide-Einfuhr Frankreichs aus den zollfreien Kolonien stammt. Daher ist Deutschland schon jetzt unter dem 3,50-Zoll das Land der höchsten Getreidepreise.

Endlich nachdem Graf Bälou seine jungen Specialforschungen an das Haus gebracht, sprach er die paar Worte, in deren Erwartung man während der ganzen Rede ihn zuhörte: Er erklärte im Namen der verbündeten Regierungen feierlich, daß die Regierungsvorlage die ängstliche Grenze darstelle, daß man weder die Minimalzölle für Getreide erhöhen, noch Minimalzölle bei anderen Positionen zulassen könne. Damit waren die Kommissionsanträge nochmals für unannehmbar erklärt. Sodann schloß sich der Kanzler bemüht, die Socialdemokratie vor offener oder versteckter Obstruktion zu warnen, die das parlamentarische Ansehen stets schädige. Wir meinen, Graf Bälou hätte vollauf genug zu thun, wenn er sich darauf beschränkte, in diesen schwierigen Zeitläuften sich um das Ansehen der Kanzlerschaft zu sorgen. Außerdem handelt es sich in diesem Fall gar nicht um die Absicht einer Obstruktion, sondern um eine völlig berechtigte, loyale Opposition. Graf Bälou kennt auch die Geschichte des Parlamentarismus herzlich schlecht, wenn er meint, Obstruktion wirke immer schädlich. In Italien haben erst jüngst unsere Genossen durch eine unerhörtens, ziellose und geschickte Obstruktion die Herbeiführung einer friedlichen gesunden Entwicklung des Parlamentarismus bewirkt. Und meint etwa Graf Bälou, daß die socialdemokratische lex Heinze-Obstruktion, die die Auslieferung der deutschen Kunst an Polizei und Pfäfferei vereitelte, nicht ein Kulturverdienst gewesen ist? Aber wie gelangt von Obstruktion ist bei der Zollvorlage gar keine Rede, die Warnung war also in jedem Betracht überflüssig.

Es war sehr charakteristisch, daß die Rechte, die während der Rede Bälous in dumpfem Schweigen verharrte, bei der Obstruktion-Warnung plötzlich jähem Beifall spendete. Dieser unvorsichtige Gefährdungsdruck beweist, wie sehr sich die Agrarier danach sehnen, daß die für sie doch angeblich unannehmbare Regierungsvorlage so schnell wie möglich Gesetz werde. Im übrigen entlockte der Vortrag Bälous am Schluß nur den — Rational-liberalen ein paar dünne Eraporne.

Schon das kurze Referat des Berichterstatters der Zollkommission, Schwerin-Edwizy, deutete in seinen Schlussworten darauf hin, daß die Konserverativen schließlich die unannehmbare Regierungsvorlage begierig schlucken werden. Freilich haben die Konserverativen am Donnerstagsvormittag in ihrer Fraktionssitzung sich verständigigt, bei ihren früheren Beschlüssen zu verharren, d. h. die Regierungsvorlage für unannehmbar und auch selbst die Kompromißvorschläge für unzulänglich zu erklären. Auch das Centrum hat beschlossen, die Kommissionsbeschlüsse aufrecht zu erhalten. Ebenso hat am Schluß der Donnerstagstagung — nach einer sachlichen, trocknen, die schütz-pölnischen Argumente Bälous gründlich zerplündernden Rede des freisinnigen Gothein — der Reichsparteiler v. Kardorff in kurzen, prägnanten und prägnanten Bemerkungen die Regierungsvorlage für unannehmbar erklärt.

Dennoch glauben wir nicht an den Ernst dieses Unannehmbars. Man wird vielleicht in der zweiten Lesung noch spröde thun. Man mag hoffen, dadurch, daß man das Zustandekommen der Zollvorlage als aussichtslos erscheinen läßt, die Opposition zu erschaffen, um dann bei der dritten Lesung sie mit der Einigung zu überzumpeln. Man mag auch immer noch auf keine Zugeständnisse der Regierung rechnen — wandelbar sind ja die Männer und die Ueberzeugungen des Pölnen-Karles — so viel scheint uns sicher: man tanzt um die mittlere Linie des Grafen Bälou, und die einzige Frage ist nur: in welchem Augenblick dieser Tanz zur mittleren Linie führen wird. Wir rechnen nicht mit der Uneinigkeit und Unentschiedenheit der Pölnen und Ueberzölnen, sondern allein mit unserer Einigkeit und Entschlossenheit.

Aus dem Centrum heraus wurde angeregt, die Sitzungen schon um 12 Uhr zu beginnen. Auch diese Anregung, der Folge gegeben wurde, beweist, daß die Zollwucherparteien alles thun, um die unannehmbare Regierungsvorlage so schnell wie möglich in Sicherheit zu bringen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Oktober.

#### Bewirrungstaktik.

Die „Berl. Volk. Nachrichten“ besprechen die Zollansichten in folgender Art:

„Es wird mit zwei Eventualitäten zu rechnen sein. Bietet die alsbald bevorstehende Entscheidung über die Getreide-Mindestzölle keine Aussicht auf Verständigung, so wird man sich eben in dem jetzigen Tagungsabschnitte des Reichstages in der Hauptfrage damit begnügen müssen, den Reichshandels-Gesetz für 1903 fertig zu stellen. Sind aber die Aussichten günstig, so wird sofort mit der energischsten Bekämpfung der Opposition eingeleitet werden können. Würde eine Entscheidung dieser Art aber die hauptsächlichsten Streitpunkte im neuen Zolltarif nicht baldigst herbeigeführt, so würde zwar eine solche Oppositionsbekämpfung auch möglich sein, ob sie aber in der That eintreten würde, ist doch höchst zweifelhaft. Nebenfalls bietet bei Berücksichtigung der Länge der noch zur Verfügung stehenden Zeit die Gewährung auf ein positives Ergebnis der Verhandlungen nur noch die baldige Herbeiführung einer Entscheidung des Plenums über die genannten Fragen, natürlich nur dann, wenn diese günstig ausfällt. Fällt sie ungünstig aus, so haben die verbündeten Regierungen das ihrige gethan, die Verantwortung für das Scheitern der für die deutsche Volkswirtschaft notwendigen Vorlage fällt dann auf den Reichstag.“

Die Absicht solcher Betrachtungen kann nur sein, die Zollgegner sorglos zu machen. Denn es ist nicht daran zu denken, daß Centrum und Konserverative schon jetzt von ihren Ueberforderungen zurücktreten. Vielmehr wird man versuchen, durch den Schein andauernder Uneinigkeit die Opposition zu erschaffen,

um dann in schnell erreichter dritter Lesung den Dusterstrich zuzuziehen.

Es ist begreiflich, daß die Pölnen auch solche Manöver versuchen. Seltsam aber ist, daß die „Freisinnige Zeitung“ die Bewirrungstaktik der Zollparteiern ernst nimmt und eine Zusage in dem Fall der Vorlage trägt, an der die Bewirrungstaktiker ihr helles Vergnügen haben dürfen. Die „Freisinnige Zeitung“ sagt:

„Es kommt nunmehr darauf an, ob ein Teil des Centrums sich zur Regierungsvorlage zurückziehen wird. Geht dies nicht bis zur Abstimmung über den Weizenzoll, die morgen oder übermorgen erfolgen wird und findet demgemäß der höhere Satz nach dem Kommissionsvorschlag eine Mehrheit, so kann man die Vorlage als gefallen erachten. Denn alsdann verliert auf der Rechten und auf der Linken die weitere Beratung jedes praktische Interesse. Die Verhandlung verendet und es tritt aronische Beschlußfähigkeit ein. Die Socialdemokratie hat es alsdann nicht einmal mehr nötig, irgend eine Obstruktion zu versuchen. Graf Bälou erörtere auch schon die Möglichkeit, daß der Tarif nicht zu Stande kommt; in diesem Falle würde man entweder die bisherigen Handelsverträge in Kraft bestehen lassen, oder neue Vertragsverhandlungen auf der Grundlage des geltenden autonomen Tarifs einleiten.“

Das ist eine völlige Mißkennung der wirklichen Lage. Die Möglichkeiten unter den Zollparteiern und der Regierung haben von jeher vornehmlich den Zweck verfolgt, teils die Regierungsvorlage als „geringes Uebel“ im Vergleich zu den Ueberzoll-Forderungen erscheinen zu lassen, teils die Zollgegner durch das Vertrauen auf den inneren Pölnereifer in ihrem Widerstandeifer zu entkräften. Ein Teil der Liberalen hat sich schon immer leichtgläubig durch solche Täuschungsversuche überzölpeln lassen. Wie oft wurde nicht schon die Vorlage als gescheitert erklärt! Thatsächlich aber wurde im Verborgenen um so eifriger an ihrem Zustandekommen gehandelt. Auch jetzt ist es nicht anders.

#### Beschleunigter Landtags-Beginn.

Infolge der geplanten Verstaatlichung verschiedener Privatbahnen wird, wie ein Berichterstatter meldet, das preussische Abgeordnetenhaus bereits in aller nächster Zeit einberufen werden. Einige dieser Bahnen müssen nämlich, nach den bestehenden Verträgen, vom Staate schon am 1. Januar 1903 in Betrieb genommen werden, was eine schleunige Beschlußfassung des Landtages in dieser Angelegenheit erfordert. In parlamentarischen Kreisen werde damit gerechnet, daß es diesmal nicht möglich sein werde, den Etat bis zum 1. April 1903 fertig zu stellen und infolge dessen eine Herbstsession des Abgeordnetenhauses notwendig sein werde.

Die vorzeitige Einberufung des Landtages ist schon seit dem Frühjahr durch die Zollparteiern gefordert worden. Man gedenkt so durch die dilätenbegabten Landtagsleute die Beschlußfähigkeit des dilätenlosen Reichstags zu ermöglichen. Der vorzeitige Landtags-Beginn bedeutet ein Mittel zur Durchführung des Zollwuchers.

#### Beendigung des pennsylvanischen Bergarbeiterstreiks.

Eine offizielle Erklärung, in welcher die Beendigung des Kohlenarbeiter-Ausstandes verkündigt wird, ist Donnerstag früh veröffentlicht worden.

Ferner meldet aus Washington ein Volkliches Telegramm vom Donnerstags: In der heute früh veröffentlichten Erklärung über die Beendigung des Kohlenarbeiter-Ausstandes wird mitgeteilt, daß zur Regelung der Streiffrage zwischen Arbeitgeber und Arbeitern eine Kommission eingesetzt wurde. Mitglieder dieser Kommission sind der pensionierte General Wilson, der Ingenieur Paaler als Bergarbeiter-Sachverständiger, der Richter Gray, der Großmeister des Ordens der Eisenbahn-Zugführer Clark als Sachverständiger für sociale Fragen, ferner Mr. Watkins als Sachverständiger bezüglich der Gewinnung und des Vertriebs von Kohle, und Bischof Spalding von Georgia; letzterer wurde auf Verreiben des Präsidenten Roosevelt in die Kommission aufgenommen. Zum Schriftführer der Kommission ist der Kommissar des Arbeits-Departements White bestimmt. Wie verlautet, sind sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer mit der Zusammenfügung der Kommission zufrieden. Verhandlungspräsident Mitchell erklärte die Zustimmung zur Einsetzung derselben namens der Arbeiter, die Herren Bacon und Perkins namens der Arbeitgeber. Der Zusammentritt der Kommission soll in wenigen Tagen erfolgen.

#### Deutsches Reich.

##### Die Offizien und die Beeren.

Die amtlichen Kreise nehmen nun doch Notiz von den Pölnen-generalen. Heute wird die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ abermals aufgeboten, um die Ursachen des Scheiterns der Audienz zu „erheben“. Das Regierungsblatt beklagt sich bitterlich über die „Neigung mancher Wähler, der eignen Regierung am Zeuge zu sitzen“ und die Unmöglichkeit offizieller Darstellungen anzuzweifeln.

Das Wort giebt zur Abwechslung folgende Darstellung: „Am 18. September hatte sich Seine Majestät der Kaiser auf Vorschlag des Reichskanzlers bereit erklärt, die Generale zu empfangen, wenn sie sich durch Vermittelung des englischen Botschafters in Berlin anmelden lassen und sich anti-englischer Agitationen enthalten würden. Die Generale wurden hiervon infolge Verfügung des auswärtigen Amtes an den kaiserlichen Vertreter im Haag in Kenntnis gesetzt, und De Wet erklärte in ihrem Namen, daß sie das kaiserliche Anerbieten annahmen und mit den Bedingungen einverstanden wären.“

Durch ein Telegramm aus dem Haag, das gleichzeitig in mehreren deutschen Blättern erschien und aus boerischer Quelle geschöpft war, wurde zuerst in der Presse am 27. September bekannt, daß die Generale eine Audienz bei dem deutschen Kaiser haben würden. Am 6. Oktober ließen sie jedoch der amtlichen Veröffentlichung des Reichs in Haag mitteilen, daß eine Anfrage bei dem englischen Botschafter nicht in ihrem Sinne gelegen habe, und daß sie daher die Vermittlung des englischen Botschafters nicht nachsuchen würden, es sei denn, daß vorher ein förmlicher Ruf Seiner Majestät an sie erginge. Gegen unsere Bemerkung, daß die Generale andern Sinnes geworden seien, ist gesagt worden, daß sie doch nach wie vor bereit gewesen wären, das Gesuch um Vermittlung bei dem englischen Botschafter anzubringen. Das Entscheidende ist aber, daß sie erst das laienliche Anerbieten ohne Vorbehalt angenommen hätten, nachträglich jedoch den vorgeschriebenen Schritt bei der englischen Botschaft noch von einer Seiner Majestät dem Kaiser zugewilligten Bedingung abhängig machen wollten.

Aus dieser Darstellung der „Nordd. Allgem. Zeitung“ geht die freisinnige Zweideutigkeit der ersten Note der „N. N. Z.“ hervor. Die Generale haben sich nicht anders besonnen, sie haben auch nicht die Vorstellung durch den englischen Botschafter verweigert. Sie haben sich vielmehr mit den vorläufig verabredeten Bedingungen des Empfangs einverstanden erklärt und dann einfach auf die Einladung gewartet, die nicht kam. Sie haben anscheinend niemals daran gedacht, zu bitten, wenn sie nicht gebeten werden.

Aus einer Aufzählung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ geht hervor, daß vor der diplomatischen Mission des Auswärtigen Amtes die Audienz zwischen dem Kaiser einerseits und dem Vertreter des Boeren-Hilfsbundes durch Vermittlung einer diplomatischen Persönlichkeit verabredet wurde. Erst später griff das Auswärtige Amt ein und — vereitelte die Audienz.

Auch sonst nehmen amtliche Kreise von der Ankunft der Boerengenerale Notiz. Eben jetzt werden folgende Ordensauszeichnungen veröffentlicht. Es wurden verliehen: das Großkreuz des Roten Adlerordens dem Kriegsminister John F. Brodria; den Roten Adlerorden 1. Kl. dem Generalleutnant Kelly-Kenneth und dem Generalleutnant John French; den Roten Adlerorden zweiter Klasse dem Obersten Selater; den Roten Adlerorden vierter Klasse dem Lieutenant Dudsch-Marjoribark; den königlichen Kronen-Orden erster Klasse dem Generalmajor Jan Samilton. Es fehlt in dieser Liste der Schwarze Adler-Orden für Kitchener und Chamberlain.

#### Gegen den Fleischwucher.

Eine Schrift des Wälder-Vereins zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des deutschen Handels und der Industrie von Fleisch und Fettwaren“ behandelt in beachtenswerter Weise die „Fleischversorgung des deutschen Volkes“. Sie bringt sachliche Ausführungen, gestützt auf amtliche Quellen entnommenes statistisches Material, welche ein klares Bild über die Ernährung in Deutschland, unter ganz besonderer Berücksichtigung der Ernährungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung geben.

Die Schrift weist überzeugend nach, daß die Deckung der Grenzen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die deutsche Landwirtschaft vermag nicht den Bedarf an Fleisch und Fett selbst zu befriedigen. Wie die Einheitsziffern zeigen, ist sie noch nicht einmal im Stande, genügend Futter für den gegenwärtigen, geschweige denn für einen gesteigerten Viehstand zu beschaffen. Zur Erhaltung und Wäschung seines Viehstandes muß Deutschland jährlich für mehr als eine halbe Milliarde Mark Futter aus dem Auslande hereinchaffen. Jede Erweiterung des Viehbestandes würde in noch höherem Grade die Einfuhr von Futterstoffen notwendig machen und damit zugleich auch den Preis des Schlachtviehs steigern.

Weiter befreitet die Schrift, daß die inländische Landwirtschaft unfren breiteren Bevölkerungsschichten eine genügende Fleisch- und Fettmenge verschaffen könne. Wie ungenügend die Fleischernährung der deutschen Bevölkerung ist, zeigt die Schrift durch eine vergleichende Zusammenstellung der Fleischernährung Deutschlands und Englands. Danach erreichten im Jahre 1900 die Schlachtungen von einheimischen Vieh in Deutschland die Höhe von 1.895.000.000 Kilogramm, in England 1.078.500.000 Kilogramm; die Schlachtungen von eingeführtem Vieh in Deutschland 51.190.000 Kilogramm, in England 179.910.000 Kilogramm; daneben wurde noch frisches Fleisch eingeführt in Deutschland 46.125.500 Kilogramm, in England 895.570.000 Kilogramm. Danach ergibt sich für das Jahr 1900 folgendes Bild. Es standen zur Verfügung

	in Deutschland Kilogr.	in England Kilogr.
einheimisches Vieh	1.895.000.000	1.078.500.000
eingeführtes Vieh	51.190.000	179.910.000
Fleischzufuhr	46.125.500	895.570.000
Zusammen:	1.992.315.500	2.153.980.000

Während in Deutschland im Jahre 1900 pro Kopf der Bevölkerung nur 33,7 Kilogramm Fleisch zur Verfügung standen, verfügt England zu gleicher Zeit pro Kopf seiner Bevölkerung über 52 Kilogramm Fleisch. Rechnet man hierzu noch, daß im Jahre 1900 die Fetteinfuhr in Deutschland 1.552.700 Doppelcentner betrug oder pro Kopf 2,7 Kilogramm, während sie in England sich auf 4.547.000 Doppelcentner oder pro Kopf 10,9 Kilogramm stellte, so erkennt man erst, wie schlecht und unvollkommen die deutsche Bevölkerung gegenüber der Bevölkerung Englands mit Fleisch und Fett ernährt wird.

Von großem Interesse ist ferner, was die Schrift des Vereins über die Wirkung der Zölle und Grenzsperrn auf die einheimische Viehproduktion ausführt. Mit Stolz verweisen die Agrarier darauf, daß 1900 in Deutschland 16.807.000 Schweine gezüchtet wurden gegen 12.174.000 im Jahre 1892. Die Agrarier folgern daraus, daß Grenzsperrn und Schweinezölle gerade dem „kleinen Manne“ nützen, denn die Schweine sind lediglich das Produkt der Arbeit desselben. Demgegenüber stellt die Schrift fest, daß zwar die Mast sich in den Händen des mittleren und größeren Grundbesitzes befindet. Dieser hat es in der Hand, die Produktion zu vergrößern oder einzuschränken, und daß die Züchter sich den Löwenanteil am Verdienst zu sichern wissen, zeigen die Preise, die für junge Schweine bezahlt werden. In diesem Frühjahr wurden im Rheinlande junge Schweine mit Mark 4,50 bis 5 Mark pro Alteswoche bezahlt. Der kleine Bauer und Arbeiter mußte also für ein junges Schwein von 6 bis 8 Wochen schon 30 bis 40 Mark bezahlen. Der Züchter macht also nicht nur ein sehr schönes Geschäft, sondern er nimmt dem kleinen Mann den Gewinn vorweg, den er von höheren Schweinepreisen beim Verkauf des aufgemasteten Schweines erzielen könnte, indem er einen entsprechend höheren Preis für das junge Tier verlangt. Der kleine Mann hat von den hohen Preisen weiter nichts, als daß er mehr für das junge Tier bezahlen muß, der mittlere und größere Landwirt dagegen, der die Zucht betreibt, steckt den ganzen Gewinn ein.

Aus diesen Ausführungen erklärt sich auch, warum die Agrarier, durch Zoll und Grenzsperrn geschützt, in der Lage waren, die einheimischen Schweinepreise auf den höchstmöglichen Stand zu treiben,

so daß sich in Deutschland die gegenwärtige Fleischnot entwickelte.

So zeigen alle Ausführungen der Agrarier, wie notwendig die Deckung der Grenzen und die Abwendung von der Zollwucherpolitik ist. Aber die Regierung lebt nur für die Förderung des Agrarierthums, das des armen Mannes Tadeln lehrt.

Auch ein Urteil über Obstruktion. Obstruktion wurde im Jahre 1771 in England angeordnet, um im Interesse der freien Kritik und der Pressefreiheit die Bestrafung der Drucker zu verhindern. Die Minderheit veranlaßte am 12. März 1771 im Hause der Gemeinen 23 Abstimmungen und hinderte so mit Erfolg das Zustandekommen des Gesetzes und so die Bestrafung der Drucker. Der Staatsmann Burke äußerte sich später mit Recht über dies Verfahren dahin: „Die Nachwelt wird die an diesem Tage bewiesene Hartnäckigkeit segnen“. Heute geht in England ausnahmslos die Stimmung dahin: es ist ein Segen, daß die Drucker nicht wegen des Inhalts einer Zeitung oder eines Buches bestraft werden können. Zweifellos ist durch die Obstruktion von 1771 die im Interesse eines Fortschritts so notwendig freie Kritik in England und der Parlamentarismus lebhaft gefördert. Ist auch dies dem Reichskanzler Grafen Bismarck unbekannt? —

Aufreizung zum Ungehorsam gegen ordnungsmäßig erlassene Anordnungen geschieht durch Grenzsperrn und Viehzölle. § 108 der vom Reichs-Vericherungsamt genehmigten Unfallversicherungsvorschriften der Tischbau-Vereinigten Genossenschaft lautet wörtlich:

§ 108. Die Arbeiter müssen sich kräftig (vorwiegend fleischlos) ernähren und sich des Genusses geistiger Getränke möglichst ganz enthalten.“

Diese recht verständlich gemeinte Vorschrift ist dem Gesetz entsprechend auf jeder Baustelle ausgehängt. Wie soll aber der Arbeiter die Vorschrift befolgen, zumal wenn ihm durch Grenzsperrn und Viehzölle die Fleischzufuhr und durch Brotzölle das Brot so in die Höhe getrieben wird, daß kein Arbeiter sich „vorwiegend mit fleischlos“ ernähren kann? Die reichsgesetzlichen und bundesrätlichen Vorschriften hindern ja eine ausreichende Nahrung. Hat einmal die Vereingenen Genossenschaft einen so verständigen Paragraphen wie den angeführten § 108 erlassen, so mag sie einen Schritt weiter gehen und dem Arbeiter das zur Befolgung des § 108 erforderliche Fleisch zur Verfügung stellen. —

#### Wahlzettel in Schwarzburg-Rudolstadt.

Frankenhäuser a. Kyff., 16. Oktober. (Privat-Telegramm.) Bei der heutigen Wahl für den Schwarzburg-Rudolstädter Landtag wurde hier Genosse Winter mit 447 gegen 249 Stimmen gewählt. In Frankenhäuser II unterlag Genosse Zint mit einer Stimme. In Rudolstadt wurde Genosse Hartmann gewählt, Genosse Hof in Stühnow. In Königsee wurde Genosse Venter gewählt, in Blankenburg ist derselbe in Stühnow. In Oberweißbach ist Genosse Hartmann und in Schlotheim Genosse Winter nochmals gewählt.

Ein weiteres Telegramm meldet: Bis jetzt sind 6 Socialdemokraten gewählt, während drei in günstige Stichwahl kommen. 3 Wahlbezirke stehen noch aus.

In den Gemeindevahlen in Rannheim wird uns vom 15. Oktober weiter geschrieben: Die gestrigen Bürgerausschuh-Wahlen in der ersten Steuerklasse führten zum Sieg der national-liberal-freiwilg-kerikalen Kompromißliste über diejenige der Demokraten. Gewählt wurden: 10 Nationalliberale, 4 Freiwilgige, 3 Ultramontane; die letzteren, denen es nur knapp zum Siege reichte, erhielten von der gewählten Liste wiederum die niedrigste Stimmenzahl. Das Gesamtergebnis der Wahlen in den drei Klassen ist, daß die Kerikalen drei Siege im Bürgerausschuh verlieren, von denen je einer den Nationalliberalen, Demokraten und Socialdemokraten zufällt. —

#### Ausland.

##### Oestreich-Ungarn.

Abgeordnetenhans. Finanzminister Böhm von Daxerl begründete zunächst den heute eingebrachten Vorschlag für 1903. Der Landes-Verteidigungsminister Graf Welfersheim übermittelte die Rekruten-Kontingentsvorlage für 1903 und die Vorlage betreffend die Heranziehung der Ersatzreservisten zur Ergänzung der Friedensstärke des Heeres und der Landwehr. Sodann übermittelte der Finanzminister den Gesetzentwurf betreffend die Deckung des auf die diesseitige Reichshälfte entfallenden Anteiles an dem außerordentlichen Kredit von 38 Millionen Kronen, welcher für die Beschaffung der Feldhaubizen und der neuen Gebirgsgeheule sowie für die damit verbundene Aufstellung von Feldhaubitz-Batterie-Divisionen und für die Reorganisation der Gebirgs-Artillerie bewilligt worden ist. Unter dem Einzug befindet sich eine große Anzahl von Dringlichkeitsanträgen, darunter solche wegen des Feldarbeiter-Anstandes in Galizien, betreffend Revision der Wiener Landtagswählerlisten sowie betreffend Gleichberechtigung der ezechischen und polnischen Sprache bei den Behörden Schlesiens. —

Wien, 16. Oktober. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, hat Justizminister Baron Spens von Booden sein Entlassungsgesuch eingereicht. Als sein Nachfolger wird gerüchweise Prof. Lammach genannt. —

##### Frankreich.

##### „Regierungswort.“

Paris, 14. Oktober. (Fig. Ver.) Unter obiger treffender Epigramme bespricht der „Temp“ mit bewunderndem Gefühl eines Kenners die jüngste Rede — Millerands in Carmaux auf dem Festsess zu Ehren des Wahlsieges von Jaurès. Der ehemalige Handelsminister hat so regierungsmäßig gesprochen, daß manches bürgerliche Mitglied des Kabinetts Combes vor ohnmächtigen Reiz bersten möchte. Das „socialistische Ideal“ zu betonen, hat Millerand großmütig den andern Fortschritt überlassen, ebenso wie den Hinweis auf die die Socialisten und Radikalen trennenden Punkte. Er selbst hat sich an die „praktischen Realisationen“ und die „wirkungsvolle Aktion“ gehalten, um desto natürlicher einzig die die Socialisten und die Radikalen zu einer „republikanischen Partei“ einigenden Punkte hervorzuheben. Noch staatskämpfmäßig sind die Ausführungen Millerands über den Völkervertrieb, wie ihn namentlich die — Haager Konferenz angebahnt haben soll, den er anderserseits mit den „notwendigen Widervergeltungen der Gerechtigkeit und des Rechts“ verknüpft, die „den Nationen vorbehalten bleiben, die brutale Mißhandlungen des Völkervertriebs erlitten haben“ — lies: Revanche-Hoffnungen! In diesem Punkte hielt Millerand darauf, seinen von Jaurès abweichenden Standpunkt bei der ersten Gelegenheit wieder einmal kundzugeben.

Rebenbei, mit der Carmaux-Rede hat Millerand unter Jaurès' Bürgerchaft seine öffentliche Thätigkeit als „Socialist“ nach dem Aufhören seiner Ministerchaft zuerst wieder aufgenommen. —

Jaurès als Vizepräsident. Die socialistische Fraktion hat beschlossen, an Stelle des abgegangenen Felix Faure den Genossen Jean Jaurès als Vizepräsidenten der Kammer vorzuschlagen. Wie es heißt, haben die Radikalen und Radikal-socialisten beschlossen, für Jaurès zu stimmen.

Die Nationalisten haben in ihrer Gruppenkunft Cabaignac zu ihrem Präsidenten gewählt. Sodann wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Vorkommnisse in der Bretagne und in den Hochgebirgen bebauert werden. Es wurde eine Kommission beauftragt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Entfaltung der Truppenmacht im Innern und das Recht der Zivilbehörden, militärische Hilfe in Anspruch zu nehmen, regeln soll.

So lange die Soldaten nur gegen streikende Arbeiter vorgeschickt wurden, haben die Nationalisten niemals Opposition gemacht, erst nachdem auch die Kerikalen — und zwar in recht milder Form — durch die militärische Macht in ihrer Freiheit behindert wurden, fühlten sie sich hierzu gedrängt. —

Durch die Reform des Militärgerichtswesens, die der vorgelegte Entwurf des Kabinetts Combes vorsieht, sollen alle Delikte, ausgenommen diejenigen gegen die Disziplin, den bürgerlichen Gerichtsbehörden übertragen werden. Er verfügt ferner, daß die einzige Berufungsinstanz der Kassationshof sein werde. Der sogenannte Revisionsrat soll aufgehoben werden. —

#### Italien.

Die socialistische Konvention hat beschlossen, der Kammer bei ihrem Zusammentritt einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der eine Verminderung der Ausgaben für Kriegs- und Marinezwecke vorsieht. —

Das Scheidungsgesetz. Es ist nunmehr gewiß, daß die Regierung in der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung des Scheidungsgesetzes einbringen wird. Der Vatikan beabsichtigt, eine Protestbewegung hiergegen ins Leben zu rufen. —

Im Budget für das Jahr 1903 ist, gemäß den Beschlüssen der Präfektur-Konferenz vom 5. März d. J., vom 1. September 1903 ab die Aufhebung der Juter-Ausfuhrprämien vorgelesen. Der Finanzminister Rouvier schlägt ferner die Herabsetzung des Eingangszolles auf Juter auf 25 Frank pro 100 Kilogramm vor. Ferner wird die Herabsetzung der Zate auf Raffinade auf 2 Fr. vorgeschlagen; dies zusammen wird einen Preisrückgang von 37 Fr. pro 100 Kilogramm Juter oder von 40 Proz. gegenüber dem jetzigen Preise ergeben. Der Finanzminister hofft, daß diese Maßnahme eine Erhöhung des Konsums von 20 Proz. zur Folge haben werde. Den hiernach noch verbleibenden Ausfall von 44 Millionen Frank gedeckt man ausgleichend durch die gleichzeitig mit der Reduzierung des Eingangszolles in Kraft tretende Aufhebung der Ausfuhrprämien. —

#### Schweden.

Zur Wahlrechtsreform. Das am 10. Oktober von der Regierung ernannte Komitee hat den Auftrag erhalten: „einen den Verhältnissen unres Landes angepaßten Vorschlag zu einem proportionalen Wahlmodus für die Wahlen zur zweiten Kammer auszuarbeiten und im Zusammenhang damit die für einen solchen Wahlmodus am besten geeignete Wahlkreis-einteilung vorzuschlagen.“ Die Zusammenfügung dieses neuen Komitees ist der Art, daß man die Hoffnung auf eine gründliche Reform des Wahlrechts nicht aufzugeben braucht. Dagegen muß die Beschränkung des proportionalen Wahlmodus auf die zweite Kammer schwere Bedenken erregen. Mit Recht schreibt Branding: „Erhält man auf diese Weise eine zweite Kammer, die getreu den Willen der Nation abspiegelt, dann kommt die Erste Kammer und verrückt das Bild ganz und gar. Die Stimmen dieser Kammer zusammen mit einer Minorität in der zweiten können eventuell in den Beschlüssen des Reichstags dominieren. Der proportionale Wahlmodus in einer solchen Wahlrechts-Reform ist geeignet, in demselben Augenblick, wo das Volk sein Selbstbestimmungsrecht erhalten sollte, eine Minderheitsherrschaft zu begründen.“ —

#### England.

Hungernde afrikanische Veteranen. Am Mittwochnachmittag marschierte ein Zug südafrikanischer Veteranen über den Trafalgar-Quare; sie trugen Plakate mit der Aufschrift: „Wollt ihr, daß Leute, die mehr als drei Jahre in Südafrika für die Ehre Englands gestritten haben, vor Hunger sterben? Wenn nicht, so helft uns, Mitbürger, Genugthuung zu erlangen.“ Während des Unzuges wurde eine Kollekte veranstaltet. —

## Partei-Nachrichten.

### Ein polnischer Jude.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ widmet einem dort verstorbenen Parteigenossen diesen Nachruf:

Einer unserer bravsten Genossen ist gestern zu Grabe getragen worden: Leiser Spelkes. Sein Name erregte in dieser antisemitischen Zeit Aufsehen, aber wer ihn kannte, hatte ihn lieb. Ein blutarmer, kranker Proletarier aus der tiefsten Schicht des polnisch-jüdischen Elends, besah er ein Herz wie Gold, eine Aufopferungsfähigkeit, die darum so ergreifend wirkte, weil sie sich so selbstverständlich gab. Nichts von jenen „Marten“, die die Antisemiten den Juden zuschreiben, besah er: er war bescheiden, mutig, ohne Verstandnis für den Wert des Geldes, ein Idealist, der für die Partei buchstäblich seinen letzten Pfennig zu opfern bereit war. Den Tod im Körper, nach einer schweren Operation, lag er im Spital, als er hörte, daß die Reklamationen begannen. Da konnte man ihn kaum mehr zurückhalten. „Da muß ich mitarbeiten, man braucht mich“, sagte er. Und drei Tage später war er tot. Manche herzhafteste Grobheit hat dieser arme polnische Jude den didn antisemitischen Wahlhelferischen gesagt und ganze „Jäger“ mit Reklamationen hat er ihnen in den Wahlzeiten hinausgetragen. „Was bringen Sie mir da?“ fragte damals der Bezirksleiter entsetzt. — „Rück auf Schabbes“, antwortete Spelkes humorvoll und begann den Koch gemäßlich zu entleeren. Als die Nachricht vom Tode dieses armen Juden zu den Ehren der Genossen drang, wurde jedem weh ums Herz. Das Muster eines treuherzigen Parteigenossen ist mit ihm gestorben, und sein Andenken wird nicht vergessen werden.

Lebensliste der Partei. Genosse Jakob Franz in Rem Jork ist in den ersten Tagen des Oktober nach einem heftigen Leiden plötzlich gestorben. Franz, der nur ein Alter von 56 Jahren erreichte, hatte sein ganzes Leben der Sache des Socialismus gewidmet und in der alten sowohl wie in der neuen Welt für die Befreiung des Proletariats gekämpft und gelitten. Vor längerer Zeit hatte er sich bei einem Straßenbahnunfall innere Verletzungen zugezogen, die schließlich seinen Tod herbeiführten. Jakob Franz wurde 1846 in Banern geboren. Von Beruf war er Schriftsetzer, doch widmete er sich später dem Journalismus. Im Jahre 1870 war er neben dem verstorbenen Reff und dem gegenwärtig in Stuttgart ansässigen Genossen Tawder Führer der Abspaltung des Kasselerischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im südlichen Banern, mußte dann später wegen Majestätsbeleidigung aus München nach Zürich flüchten, wo er mit Karl Mohr ein Verlagsgeschäft eröffnete, das später als Volksbuchhandlung bekannt war. Im Mai 1878 kam er mit seiner Familie nach New York, arbeitete hier eine Zeitlang als Schriftsetzer und begab sich dann nach Chicago, von wo aus er nach kurzem Aufenthalt als Redakteur des „Philadelphia Tageblatt“ berufen wurde. Als solcher fungierte er bis zum Jahre 1882 und war dann von dieser Zeit bis zum Jahre 1890 als Mitarbeiter in der Redaktion der „New Yorker Volkszeitung“ thätig. Hierauf wurde er von der Exekutive des Nationalverbandes der Vereinigten Arbeitervereine, welche damals ihren Sitz in St. Louis hatte, als Redakteur der „Vranerzeitung“ ernannt, welche Stellung er, da er bei der späteren Wahl wiedergewählt wurde, vier Jahre lang inne hatte. Vor etwa zwei Jahren kam Franz nach Deutschland, um hier den amerikanischen Teil einer Geschichte über die socialistische Bewegung zu bearbeiten und sich möglichst in der alten Heimat wieder eine Erziehung zu gründen, doch schließlich die Behörden die alte Geschichte der Majestätsbeleidigung wieder auf und Franz war gezwungen, wieder nach Amerika zurückzukehren. In letzter Zeit befaßte er sich mit der Vierung von Beiträgen für socialistische Zeitungen und Zeitschriften.

# Parlamentarisches.

Die polnische Reichstagsfraktion hat in einer dritten Fraktions- sichtigung die Beratungen über ihre Stellungnahme zum Zolltarif beendet. Sie hat sich dahin geeinigt, größtenteils den Kom- missionsbeschlüssen zweiter Lesung zuzustimmen. — Wie weiter mitgeteilt wird, ist in der Fraktionsberatung der Geheim- bundsprache der polnischen Gymnasialisten in Thorn und die Abkennung der Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst bei den Beurteilten zur Sprache gekommen. Es wurde geltend gemacht, daß diese Abkennung den Bestimmungen der Behörde entgegenstehe. Man will dem Gedanken näher treten, ob es nicht angebracht sei, über diese Frage einen Antrag oder eine Interpellation einzubringen. Sollten sich dieser Absicht jedoch Schwierigkeiten in den Weg stellen, so will man die Angelegenheit bei irgendwelcher passenden Gelegenheit aufs Tapet bringen.

## Der Boeren-Empfang.

Eine gewaltige Menschenmenge hat gestern in Berlin den militärischen Führern des Boerenvolkes ihre Huldigung dargebracht. Der Empfang vollzog sich ohne einen gnädigen Wind von oben, ohne Hurra rasende Zivil-Schüler; in großem Hagen ging die Fahrt um das Brandenburger Thor. Keine Vergoldungen, keine Girlanden, keine weißgewaschenen Ehrenjungfrauen, keine schwarz- befrachtete Oberbürgermeister. Die Straßen sind nicht mit Sand bestreut, es kommt auch keine glänzende Kavala- de — nur ein paar schlichte Aufsehen tollend bedächtig einher mit Leuten drin ohne Uniform und ohne Kinder- spielzeug; nichts ist glänzend an diesem Aufzuge als die Spitzen der Fiedelhäuben, die ihm voranzureiten.

Man möchte aber doch schmeicheln, wenn man die Schaulust nicht mit zu den Beweggründen zählte, die diese Menge herbeigefodt haben. Diese wohlgekleideten Leute aus Berlin W. sind keine wütenden Englandfeinde. Und auch die Lust daran, das Gegenteil von dem zu thun, was oben geschieht, der Kleinbürgerliche Oppositionsgeist, leuchtet ihnen nicht aus den Augen. Es sind sanftere Gruppierungen, keine festen Verbände, die etwa ein gemeinsamer Gedanke befehle und zusammenhielte; es ist eine Sympathieumgebung für die zähen Verteidiger ihres Landes, keine politische Demonstration, die von einseitigen Gesichtspunkten geleitet wird. Von diesen Demonstrationen, die für die nationale Unabhängigkeit eines fremden Volkstammes begeistert zu sein scheinen, schwärmt ein gut Teil für den deutschen Imperialismus, und würde sich ängstlich zu Hause halten, gälte es, für die nationale Unabhängigkeit jener Franzosen, Dänen oder Polen einzutreten, die unter der Herrschaft des Deutschen Reiches stehen.

Dieser Charakter des Publikums macht es auch erklärlich, daß das Recht, auf der Straße stehen bleiben zu dürfen, welches belamlich nicht zu den Grundrechten der Preußen gehört, in diesem Fall von Seite der Polizei keine Ansetzung erfährt. Die Furcht, Präzedenz- fälle zu schaffen, ward reichlich aufgewogen durch die Furcht, sich's mit dem besser gekleideten Teil der Bevölkerung zu ver- decken. Immerhin bleibt es wertvoll, daß man jetzt in Preußen nicht nur für zu Hofe geladene Fürstlichkeiten, sondern auch für Volksführer, die bei Hofe abgelehnt worden sind, auf der Straße demonstrieren darf.

Später, nach Verfluchtsschlus, mengten sich wohl auch manche Arbeiter in das festliche Getümmel, das die Tauenzienstraße und den ganzen Weg vom Bahnhof zum Hotel anfüllte. Neben sie auch Bescheiden im Hintergrund, so sind ihre Sympathien für das unterworfene Boerenvolk doch nicht minder echt als die Gefühle jener, die in den ersten Reihen des Spaliers gestanden hatten. Demonstrieren aber werden sie erst, bis man sich auf der Straße nicht nur für die Freiheit in Südafrika, sondern auch für die Freiheit in Preußen begeistern darf.

Die eingelassenen Lokalkorrespondenzen schildern begreiflicher- weise die Empfangsfeierlichkeiten in ungleich gläubenderen und enthu- siastischeren Farben, als wir nun einmal unverbessertlich kritisch angelegten „Körpeler“ es vermögen. Nach diesen Berichten ist das Publikum von einem wahren Taumel der Boerenbegeisterung be- fallen gewesen. Als die Boerengenerale den Perron des Bahnhofes betreten, soll das umstehende Publikum die Hände der drei Boeren- generale mit Küffen bedeckt haben. Wahrscheinlich waren diese Entzückungen, die die Boerengenerale förmlich als Märtyrer und Heilige behandelten, soweit nicht hysterische Damen in Betracht kommen, dieselben Leute, die die weitpolitische deutsche China- Exkursion gleichfalls in einen Kaufs blinder Entzückung verkehrte. Und doch waren die „Boer“, die am Perron den fremden Eindring- lingen entgegenzutreten, ebenso gute Patrioten wie die Boeren, die sich gegen die englische Eroberungsmut schlugen!

Die den Boeren bereiteten Ovationen entbehren auch sonst nicht eines thörichtesten Gefühlsüberdrusses, ja eines teilweise geradezu grotesken Charakters. Da die Boeren unzählige Male das Desolate ihrer gänzlich unpolitischen Reise betont hatten und sich jede englandfeindliche Demonstration hofft, aber entschieden verbeten hatten, hätten diese ihre Wünsche doch wohl einige Berücksichtigung verdient. Es war deshalb nur eine kindlich- alldeutsche Demonstration, wenn die Schleiße eines der den Boeren überreichten Vordeckränge die zudem ziemlich mysteriöse Inschrift enthielt: „Wir bleiben treu bis in den Tod der Frei- heit von Transvaal“. Wer wohl die herrlichen „Wir“ gewesen sein mügen, die sich horriger geberden als die Boeren- gäste selbst, die doch nunmehr loyale Unterthanen Englands geworden zu sein erklärten? Wahrscheinlich etliche alldeutsche Vier- phyllister aus dem blöden Chorus derer um Haff und Liebermann von Sonnenberg.

A propos: Herr Liebermann von Sonnenberg war es auch, der bei dem Einzug der Boeren in Berlin mit dem populärsten der Boerenführer, Christian De Wet, in einem Hagen fuhr. Welche Ironie der Geschichte, daß gerade dieser anti- semitische Tartarin, den kein vernünftiger Mensch in Deutschland ernst nimmt, dem tapferen De Wet das Geleit geben mußte. Freilich, De Wet selbst kann ja nichts dafür, er ist der deutschen Sprache ja nicht mächtig und kam infolgedessen nicht wissen, welche lästige Rolle dieser läppische Demagoge bei der Erörterung der Boerenherrschaft im Reichstage gespielt hat.

Grotesk nahm es sich auch aus, daß nach den Reden der Boerengenerale vom Balkon des Hotels aus das Lied „Deutsch- land, Deutschland über alles“ angestimmt wurde. Ein ungemein passender Kantus bei der Ovation für ein gemischt- rassiges Völkchen, das der geringen Weltgeltung natio- naler Expansionswut zum Opfer gefallen ist! Eine wunder- bare Ehrung für Vertreter einer Nation, die sich mit Recht auf die vielfältige Blutmischung der Boeren durch Verbindung holländischer, französischer und deutscher Elemente berufen konnten!

Die Boerengenerale, denen ja auch das Laßtlose und Kindische alldeutscher Thorkheiten dank ihrer Sprachkenntnis entging, fügten sich mit großem Geschick ins Unbermeidliche. In der Hoffnung auf namhafte materielle Unterstützung ließen sie die Gehymastlosig- keiten des Empfanges geduldig über sich ergehen.

Nach der Ankunft im Hotel nahm General Botha das Wort, um seinen Dank für den freundlichen Empfang anzusprechen. Seine Rede hatte etwa folgenden Wortlaut:

„Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen von Herzen für den prächtigen und wunderbaren Empfang, der uns in der Hauptstadt des Deutschen Reiches zu teil geworden. Ich finde keine Worte, um das anzusprechen, was unser Herz bewegt. Der Weg hierher war mit Blumen bestreut und mit Blumen sind wir begrüßt worden. Schwere Zeiten haben wir hinter uns, aber glücklich sind wir, unsere deutschen Brüdern und Schwestern die Hände drücken zu können. Unsere Reise hat keinen politischen Hintergrund, sondern wir haben sie ungetrieben, um das Mitleid, welches unsrem Volke in dem Kampfe entgegengebracht, in Anspruch zu nehmen. Wir wollen die Zeit vergessen, die hinter uns liegt und nun das Wohl unsrer Witwen und Waisen, deren Männer und Väter in dem Kampfe gefallen, wahrzunehmen. Nochmals unsere lieben Brüdern und Schwestern unsern herzlichsten Dank für den glänzenden Empfang.“

Dem stürmischen Jubel der Massen folgend betreten die Generale den Balkon, um von hier aus Ansprachen an das Publikum zu halten. Nach einer Ansprache Bothas, die sich mit seiner ersten Rede deckte, ergriff De Wet zu einer längeren An- sprache das Wort:

„Geehrte Damen und Herren! Liebe Brüder und Schwestern! Ich selbst darf die Ehre für mich in Anspruch nehmen, deutsches Blut in meinen Adern zu haben, denn meine Mutter ist selbst eine Deutsche. Und wie ich Euch Deutsche als Brüder bezeichnen kann, so meine ich, sollen alle Völker sich brüderlich zugehen sein und sich gegenseitig lieben und achten. Auch wir fühlen deutsch, deutsch sind die Namen unsrer Städte, deutsch unsre Sitten und deutsch unsre Treue. So schlagen unsre Herzen Euch entgegen und der großartige Empfang, den Ihr uns bereitet, zeigt uns, wie treu Ihr es meint.“

Wir sind hierher gekommen, ohne politische Nebenabsichten. Die Sympathien Europas sind uns Südafrikanern entgegen- getragen worden und vor allem aus Deutschland und so haben wir die Reise unternommen. Wir wollen die Rot unsrer Brüder lindern und danken Euch für das, was Ihr an uns gethan habt.“

Ueber das Empfangsbankett geht uns noch folgende Mitteilung zu: An dem Bankett nahmen etwa 80 Personen, fast alles An- gehörige des deutschen Boeren-Vereins, in dem festlich ge- schmückten großen Saal des Hotels zu den vier Jahreszeiten teil. Vor Beginn des Mahles überreichte Dr. Friedrich Lange noch 10 000 M. im Namen deutscher Boerenfreunde und ihm dankte General De Wet. Unter den bekannteren, in Berlin weilenden Boerenkämpfern bemerkten wir den wackeren Feld- Kornett Audries De Wet, der erst vor kurzer Zeit aus der Vergammlichen Klinik, woselbst ihm das rechte Bein amputiert wurde, entlassen worden war und der von den Generalen mit ganz besonderer Herzlichkeit begrüßt wurde. Auch der General des Orange-Freistaats Maritz wohnte dem Bankett bei. Das Tischgespräch sprach Oberhofprediger Dr. Stöcker. Die Feier war eine ganz interne und Vertreter der Presse wurden zu dem Bankett nicht zugelassen.

Daß die Boerengenerale Herrn Liebermann v. Sonnen- burg und Stöcker in die Hände fallen mußten, ist das Satir- spiel, das der Tragödie des Boerenkriegs noch fehlte! —

## Haus Industrie und Handel.

Die deutsche Reichspost im Jahre 1901. Nach der dem Reichs- tage zugegangenen Statistik der Reichspost- und Telegraphen-Ver- waltung betrug in 1901 die Gesamtzahl der Postanstalten 32 209, die der Fernsprechanstalten 15 200, die der Beamten und Unter- beamten über 200 000, die der Postsendungen aller Art 5321 Millionen der Gesamtwert der Wertangaben und des vermittelten Geld- verkehrs fast 26 Milliarden Mark. Die Gesamtsummen der Ver- waltung beliefen sich auf 413 Millionen, die Gesamtansgaben auf 303 Millionen Mark, so daß der Ueberschuß über 20 Millionen Mark betrug.

Deutsch-österreichische Mannesmannröhren-Werke, Berlin. Nach dem Geschäftsbericht der Direktion hat sich die ungünstige Lage der Eisen- und Stahlindustrie während des verfloffenen Geschäftsjahres noch verschärft. Das Mißverhältnis zwischen Verbrauch und Erzeugung trat auf dem Rohrenmarkt besonders empfindlich hervor, weil die aus besserer Zeit stammenden Aufträge der Maschinenfabrikation angezehrt waren und durch neue nicht ersetzt wurden. Der Gesamtumsatz betrug sich auf 14 731 730 M. gegen 14 111 120 M. im Vorjahre. Die Versteigerung hat mit der quanti- tativen Erhöhung jedoch nicht gleichen Schritt gehalten, weil ein großer Teil der unter dem Preislauf mit dem Siederohr-Syndikat im Vorjahre gethätigen Abkömmlinge im Berichtsjahre hat erledigt werden müssen, weil ferner die Preislage für Siederohre überhaupt eine ungemein niedrige war, und weil endlich der nur weit unter Inlandspreisen zu bewirkende Export mit einem erheblich größeren Prozentsatz als im Vorjahre im Gesamtumsatz figuriert.

Zu dem neuen Geschäftsjahre ist ein Auftragsbestand von 8004 Tonnen übernommen worden. Das neue Geschäftsjahr weist bisher eine Besserung der für die Industrie möglichen Verhältnisse nicht auf. Insbesondere läßt der Geschäftsgang bei den Maschinenfabriken, deren Aufträge für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, zu wünschen übrig.

Das Drahtstiftsyndikat verlor nach der Meldung der „Ain. Volks-Zeitung“ im September 6200 Tonnen gegen 7400 Tonnen im August. Verladen wurden im September 9000 Tonnen gegen 12100 Tonnen im August. Der Auftragsbestand stellte sich am 1. Oktober auf 8000 Tonnen gegen 11 700 Tonnen am 1. September.

## Sociales.

### Zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Der Vorsitzende der Landesversicherungs-Anstalt Berlin, Dr. Freund, hat der am 29. Oktober in Berlin zusammengetretenen Tuberkulosekommission folgende Leitsätze über Krankheitsverhütungs- Vorschriften in Arbeitsstätten unterbreitet: „1. Die schlechte Beschaffenheit der Arbeitsräume, insbesondere der Mangel an Licht und Luft in denselben, die Einatmung von Holz-, Metall- und Stein- staub, befördert die Entstehung und Entwidlung der Tuberkulose. Diefelbe ungünstige Wirkung haben ungenügende Arbeitsräume und allzu lange Arbeitszeit, insbesondere in geschlossenen Arbeits- räumen. 2. Die Mängel des Arbeiters nach beendeten Heilverfahren in ein solches Arbeitsverhältnis beizutragen auf Schwere den Heilerfolg und stellt den Wert des Heilverfahrens vielfach gänzlich in Frage. 3. Zur wirksamen Durchführung von den Trägern der Invaliditätsversicherung (den Versicherungsanstalten) im Wege der vorbeugenden Krankheitsfürsorge eingeleiteten Kampfes gegen die Tuberkulose ist es daher erforderlich, Maßnahmen zu treffen, um die aus dem Arbeitsverhältnis hervorgehenden ungünstigen Ein- wirkungen auf die Gesundheit der Arbeiter zu beseitigen oder doch möglichst herabzumindern. 4. Zu diesem Zwecke ist in Analogie der bereits durch die Gesetzgebung eingeführten Institution der „Unfall- verhütungs-Vorschriften“ den Landesversicherungs-Anstalten im Wege der Gesetzgebung die Befugnis zum Erlaß von „Krankheits- verhütungs-Vorschriften“ zu erteilen. 5. Die volle Wirkung wird die Institution der „Krankheitsverhütungs-Vorschriften“ erst dann erlangen können, wenn die jetzt bestehende Trennung in der Organi- sation der Kranken- und Invaliditätsversicherung beseitigt und der Invaliditätsversicherung auch die Durchführung der Krankheitsver- sicherung übertragen sein wird.“

### Sinderandubentung in Sachsen.

Wie notwendig der dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf betr. die „Regelung“ der Sinderarbeit ist, geht aus dem

Resultat einer Umfrage hervor, das die Handelskammer Plauen i. Vogtl. soeben veröffentlicht. Danach sind in ganz Sachsen von 604 600 schulpflichtigen Kindern 137 831, das sind 22,80 Proz., gewerblich thätig! Der Bericht sagt selbst: „Damit nimmt Sachsen den höchsten Prozentsatz in ganz Deutschland ein.“ Der Bericht sagt ferner, daß in der Sieder- und Spigenfabrikation noch sehr viele Kinder, „meist eigene, in der Hausindustrie“ unter 10 Jahren beschäftigt werden! Diefelbe ist in den Klopfpelzen der Fall. Es wird weiter mitgeteilt, daß in Grimmitzhan Kinder ihrer Mutter beim Pumpen auslesen, und in Schöne i. B. beim Entzünden und Entrippen des Tabaks helfen mußten! Daß sich bei dieser Beschäftigung die zarten Kinderkörper sämtlich die Schwundstöße holen, ist sicher. Sogar in der ungeheuer gesundheitsgefährdenden Fäulen- und Fäulnisfabrikation werden „in ziemlicher Anzahl“, wie der Bericht sagt, die eigenen Kinder von ihren Eltern ausgebeutet. Diefelbe ist der Fall in den selbst von der Kammer als gefährlich bezeichneten Perlmutterbetrieben von Boos i. B. Hier müssen die zarten Kinderhände die krankheitsbringenden Vorarbeiten verrichten. „In zarten Händen“ werden ferner in Klingenthal die kleinen von den Musikinstrumentenfabrikanten ausgebeutet. In Grimmitzhan sind kleine Kinder in der Düten-, Gefchir- und Knopffabrikation thätig. Die Klopfpelzereien erklärten: Wenn die Sinderarbeit gesetzlich verboten wird, muß unser Beruf zu Grunde gehen. Womit man also eingeschickt, daß sich die Schmutzkonkurrenz thätigstlich nur auf Kosten der billigen Arbeitskräfte hält!

Der Gewerbeauschuß der Kammer erklärte nun in seinem Gutachten über den Gesetzentwurf, dem Staate dürfe niemals so viel Recht eingeräumt werden, daß ihm ein Eingreifen in das Innere der Familie möglich sei. (Das soll eben alleiniges Privileg der Unternehmer bleiben!) Darunter leide die Autorität der Eltern usw. Man wolle höchstens beim Bundesrat beantragen, in den gefährlichen Betrieben (Perlmutter-, Haar- und Steinindustrie) die Sinderarbeit zu verbieten. Zugewogen dürfe das Verbot der Arbeit bei Kindern unter 10 Jahren nicht generell ausgesprochen, sondern mindestens müßten der Textilindustrie Konzessionen gemacht werden! Ein Fehler sei es in dem Entwurf, daß die — Kontrolle so scharf andgebt werde! Diese Wünsche wurden in einem Antrag an den Reichstag gerichtet.

### Massenvergiftung von Schauerleuten.

Von 180 Schauerleuten, die beim Löschen des auf der Unterelbe liegenden Dampfers „Patricia“ der Hamburg-Amerikanerlinie thätig waren, erkrankten wie das „Hamburger Echo“ berichtet, 34 nach dem Genuß des Abendessens, das sie aus der Schiffsküche bekommen hatten und das aus Fleisch, Kartoffeln und Erbsensuppe bestand. Das Fleisch, von dem der Redaktion des „Echo“ eine Probe vor- gelegt wurde, war alt und außerordentlich stinkig. Die Erkrankungen äußerten sich als deutliche Vergiftungserscheinungen; ein Teil der Leute mußte sofort ins Krankenhaus gebracht werden.

Das „Echo“ führt die Erkrankungen auf das verdorbene Fleisch zurück, das die Leute nur genossen, weil sie in der Zwangslage waren, anderwärts zu hungern. Vielleicht aber, so schreibt das „Echo“, haben auch noch andre Umstände die Heftigkeit der Er- krankung herbeigeführt. Die zu löschende Ladung der „Patricia“ besteht nämlich u. a. aus gefalzenen Häuten, Blei und Kupfer. Die Manipulation mit diesen Materialien, soll sie gefahrlos sein, er- fordert vor allen Dingen peinliche Sauberkeit, und das ist auch von der Medizinalbehörde resp. dem Hafenamt durch die Warnungen in betreff der gefalzenen Häute anerkannt worden. Leider aber bestehen noch immer keine gesetzlichen Bestimmungen über den Schutz der Arbeiter gegen diese Vergiftungsgefahr, und wenn die Leute selbst auch genau wissen, was sie zur Vermeidung von Gefahr thun müßten, so können sie sich nicht schützen, wie in dem Fall mit der „Patricia“ wieder zu Tage tritt. Am sich vor dem Essen die Hände usw. gehörig zu reinigen, bedürfen die Leute doch vor allen Dingen Wasser. Das gab es aber auf der „Patricia“ nicht und giebt es in der Regel nicht. Auf dem Schiff selbst war kein Wasser zu erhalten, die Wässer, mittels welcher hätte Wasser aus der Elbe geschöpft werden können, waren weggeschloffen, an Teife war über- haupt nicht zu denken — nur leere Waschbecken waren vorhanden! Möglich, daß die Blei- und Kupferoxyde oder das Gift der gefalzenen Häute auch noch zum Teil bei der Erkrankung mitwirkten.

### Die Ueberstunden und das „Geleit“.

Der Zeichner K., der vom Verein deutscher Ingenieure in dessen Zeichnenbureau beschäftigt worden war, konnte infolge einer Krank- heit längere Zeit nicht arbeiten. Man zahlte ihm das volle Gehalt, ohne, was gesetzlich zulässig gewesen wäre, das Krankengeld in Höhe von 32 M. abzugiehen. Trotzdem beanspruchte K. eine Extra- bezahlung für Arbeiten, die er zu Hause nach Bureaustil in einigen Tagen, an welchen er während der Zeit der Krankheit ver- sündlicherweise arbeitete, ausgeführt hat. Es handelte sich um Ueber- stunden. Der Vorsitzende der Kammer VIII des Gewerbegerichts, Dr. Meier, hielt das Vorgehen des Klägers für unfein. Dieser blieb aber „aus Prinzip“ bei seiner Forderung. Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende folgendes: Preislos hätte der Vertreter des beklagten Vereins dem Kläger bei Zahlung des Gehalts für die Zeit der Krankheit die Unterstützungsumme, die der Kläger von der Krankenkasse erhielt, abziehen können. Der Gerichtshof habe nun erwoogen, ob nicht der Beklagte das freiwillig zuviel gezahlte gegen die Forderung aufrechnen könne; indessen sei das nicht zulässig, da es sich um eine Lohnforderung handelte. Weiter habe man geprüft, ob Beklagter nicht das Geleit, das er durch Nichtabzug des Krank- geldes dem Kläger gemacht habe, widerrufen könne. Unter der Herr- schaft des Allgemeinen Landrechts wäre das möglich gewesen. Jetzt, wo das Bürgerliche Gesetzbuch gelte, könne das Geleit jedoch nur wegen großen Schadens widerrufen werden, und den Schaden man hier doch nicht annehmen. Da der Kläger auf sein formales Recht be- stehe, so bleibe nichts weiter übrig, als ihm Gelegenheit zu geben, nachzuweisen, daß er wirklich 18 Ueberstunden durch Hausarbeit während des Abends und der Nacht gemacht habe. Gelingt der Nachweis, dann müsse Beklagter sie bezahlen. — Zum Zwecke der Feststellung der Ueberstunden wurde ein anderer Termin anberaumt.

### Schutz dem ehrliehen Vordellgewerbe.

In Hamburg giebt es bekanntlich polizeifreudlich keine Vordelle. Dennoch befandte jetzt vor einem dortigen Gericht eine Händlerin, daß sie von der Polizei die Genehmigung habe, in Vordellen, und nur in solchen, Handel zu treiben.

Das ist die eine interessante Seite der Sache. Die andre, durch die die Händlerin in die Lage kam, durch ihre Aussage vor Gericht die Hamburger Zustände so interessant zu beleuchten, ist nicht minder interessant. Die Händlerin wurde nämlich beschuldigt, Vordellwirte mit Anzeige wegen unerlaubten Schandbetriebs bedroht zu haben. Sie führte zu ihrer Entschuldigung an, daß die Bedrohungen sie in ihrem ehrliehen, polizeilich konfessionierten Vordellhandel hindern wollten.

Das Gericht verurteilte die Frau zu 14 Tagen Gefängnis. Auch der ehrliehen Vordellbetrieb steht eben unter dem Schutze des Gesetzes.

Der Hamburgische Senat war bekanntlich auf dem Frankfurter Kongress zur Bekämpfung des Wadenshandels offiziell vertreten. Freilich handelte es sich da nur um den internationalen Wadens- handel; der nationale ist doch ein ehrliehen, unter dem Schutze des Gesetzes stehendes, steuertragendes Gewerbe.

## Haus der Frauenbewegung.

Vereln für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Anninshallen, Kommandanten- straße 20. Vortrag des Stadtverordneten Hugo Hehmann über: „Die Wohnungsfrage“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Für das Frauenwohlrecht in Dänemark. Verschiedene dänische Frauenorganisationen, darunter die dänische Frauenvereinsvereins- vereinsvereinigung, die Kommunallehrerinnen-Vereinigung, die Weibliche Fortschrittsvereinigung und mehrere Fachvereine, haben am

den dänischen Reichstag das Ersuchen gestellt, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf zu beraten und anzunehmen, der den Frauen das gleiche kommunale Wahlrecht und Wählbarkeit wie den Männern giebt.

## Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Vom „schwarzen Kabinett“ der Kühnemänner.

Wohle dem Arbeiter, der es einmal gewagt hat, von seinem zweifellosen Recht Gebrauch zu machen und an einem Streik teilzunehmen. Solch ein unbotmäßiger Gefelle muß durch Hunger kuriert werden. So denken die Herren vom Verband der Metallindustriellen, und so weit es an ihnen liegt, führen sie diesen „humanen“ Gedanken auch aus. Was kürzlich einem Vorzüglichen Dreher passierte, das geschieht auch denen, die an dem Streik in Oberhavelnauweide beteiligt waren. Obgleich dieser Streik, wie bekannt, mit einer Vereinbarung zwischen beiden Parteien endete, und man deshalb annehmen sollte, daß die ehemaligen Streikenden nun nicht mehr durch die Unternehmer diskriminiert würden, wird jedem Dreher, der in Oberhavelnauweide aufhört, der Arbeitsnachweischein verweigert und ihm somit die Arbeitsmöglichkeit abgeschnitten. Erst kürzlich mußte das wieder ein arbeitssuchender Dreher, der am Streik in Oberhavelnauweide beteiligt war, erfahren. Der Arbeitsnachweischein wurde ihm verweigert, und der Verwalter des Arbeitsnachweises, Hauptmann a. D. Kleffel, bemerkte auf einen Vorhalt des Arbeiters, er — Herr Kleffel — habe strenge Ordre und müsse dieselbe anführen. Er wolle aber nicht lange darüber sprechen, sonst hände die ganze Geschichte morgen im „Vorwärts“.

Nun steht die „Geschichte“ wirklich, obgleich der Herr Hauptmann a. D. nicht lange gesprochen hat, im „Vorwärts“, und die „Geschichte“ zeigt, mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit der Verband der Metallindustriellen jeden Arbeiter verfolgt, der einmal für seine Interessen gegen einen Unternehmer aufgetreten ist. Und diese Herren schreien immer über Terrorismus, der angeblich von Arbeiterorganisationen ausgeht werden soll.

Zur Lohnbewegung der Holzleger. In Ausführung des am Mittwoch gefaßten Beschlusses hat am Donnerstag die über große Mehrzahl der in Berlin und Umgegend beschäftigten Holzleger und Helfer die Arbeit niedergelegt. Nur ca. 300 Verursachungsangehörige haben sich den über 2000 Streikenden nicht angeschlossen; sie leisten den Unternehmern bislang noch Arbeitswilligkeitsdienste. Es besteht jedoch begründete Aussicht, sie ebenfalls für die Lohnbewegung zu interessieren. Bewilligt haben bereits 45 Firmen mit ca. 400 Arbeitern.

Achtung, Tölpel! Laut Versammlungsbeschluss werden die Kollegen, die wegen nicht vergahter Feuster die Arbeit niederlegen und keine andre nachgewiesen erhalten, vom vierten Tage an unterstellt. Diejenigen, die darauf Anspruch erheben, sind verpflichtet, sich täglich in unserm Bureau, Neue Friedrichstr. 20, in den Vormittagsstunden von 10—11 Uhr zum Zweck der Kontrolle zu melden.

Der Vorstand der Filiale Berlin.

Die Kleingläser, Glaswäler und Messinggläser harren in ihrem Lohndampf mit großer Zähigkeit aus. Schon sieben Wochen dauern der Streik, ohne daß eine Partei nachgibt. Wohl versuchen die Arbeitgeber nach wie vor, von auswärtigen Arbeitswilligen heranzuziehen, doch nur mit geringem Erfolg, auch bei den Streikenden selbst versuchen sie täglich ihre Heberredungsanstrengungen, um Uneinigkeit in deren Reihen zu tragen, doch ist dies ebenfalls vergeblich gewesen. 22 Firmen haben infolge von Streikmängeln die Forderungen bewilligt. Von den Streikenden sind eine Anzahl abgereist, so daß nur ca. hundert zu unterzählen sind. Gerächte Entrüstung erregte in der letzten Streikversammlung die Mitteilung, daß ein Streikposten von Arbeitswilligen der Firma Scheerer-Wilmersdorf in brutaler Weise gemißhandelt worden ist; der Betreffende hat Strafantrag gestellt. Die Arbeitswilligen dieser Firma genießen übrigens einen ganz eigenartigen Schutz ihres Chefs. Nach Feierabend stellt sich nämlich der kleine Trupp geschlossen vor der Werkstatt auf; Herr Scheerer mit zwei Jagdhunden (!) geht alsdann voraus, und seine Schutzbefehle folgen ihm wie Schalle ihrem Hirten, behändig von den Hundstimmungen, bis sie glücklich in ihrem Standquartier angelangt sind.

Achtung, Schleifer! Bei der Firma Griener in Durlach haben die Schleifer wegen bedeutender Abzüge die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. Sollte die Firma durch irgend eine heftige Zeitung Schleifer suchen, so ersuchen wir die Kollegen, denen davon Kenntnis wird, uns das sofort zu melden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Dyker der Maschinenfabrik. Eine sehr bemerkenswerte Zusammenstellung hat die hiesige Verwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher beverflichtigt. Dieselbe weist nach, welche „Anker“ aus Anlaß der vorjährigen Ausperrung der Fabrikantenmacher über Ansgesperre verhängt worden sind, welche die zum Zwecke des geachtlichen Unternehmensprofits aufgerichteten Schranken übertreten haben sollen. Es wurden wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung 11 Personen mit zusammen 90 Tagen Gefängnis bestraft, und sechs Personen wegen Verletzung von Streikbrechern mit Geldstrafen in der Gesamthöhe von 90 M. belegt. Die Summe für Strafmandate betrug nach den gerichtlichen Erkenntnissen 1301 M. Die Gesamtkosten belaufen sich einschließlich der Gerichts- und Anwaltsgebühren und der Entschädigung für erlittene Straffast insgesamt auf 2458,80 M.

Deutsches Reich.

Die Harzwarenfabrikanten in Düsseldorf haben den mit den Arbeitern abgeschlossenen Tarif gestündigt. Das geschah, obgleich die Fabrikanten versprochen hatten, nicht vor dem 1. Januar zu kündigen, bereits am 1. Oktober und hatte zur Folge, daß 100 Steinarbeiter am 15. d. M. in den Ausstand getreten sind, nachdem die vorhergegangenen Einigungsversuche keinen Erfolg gehabt haben. Die Steinarbeiter werden ersucht, Düsseldorf zu meiden.

Cigarrenarbeiters-Streit. Aus Baden schreibt man uns: Ein Streit ist zu Offenburg in der Krayer'schen Cigarrenfabrik ausgebrochen. Die unmittelbare Veranlassung dazu gab die Entfernung von sieben Personen durch den Chef der Fabrik, Krayer senior, der von einer Geschäftsreise zurückkehrte und sich darüber entsetzte, daß vor acht Tagen der junge Fabrikant, Krayer Sohn, mit einer Deputation der Arbeiterchaft sich über verschiedene Wünsche unterhielt und schließlich seine Zustimmung zu folgenden Vereinbarungen gab: Einführung einer etwas besseren Qualität des Deckblattes, eine kleine Erhöhung des Accordpreises für die Produkte aus sehr schlechtem Material und Einführung einer anständigen Belohnung an Stelle der teilweise noch verwendeten primitiven Dellampen. Nach dieser selbstverständlichen Konzeption schien der drohende Konflikt erledigt. Herr Krayer wollte keine Rache haben; er lehnte die Zustimmung zum Einigungsamt strikte ab und erklärte bei den Verhandlungen vor dem Bürgermeister, daß er ein Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anerkenne. Er gebe er das Geschäft auf. Unter den Gemahregelten sind verheiratete Leute. Der Maximal-Accordlohn betrug in 14 Tagen bei geübten Cigarrenmachern 35 Mark. Zugang nach Offenburg fernhalten.

Achtung, Formel! Sämtliche Formel der Eisenfabrik und Maschinenfabrik J. u. W. Schenker in Kirchberg i. S. u. L. haben wegen fortgesetzter Accordunterschieden, niedrigen Verdienstes und Nichtentlohnung von Hilfsarbeitern die Arbeit niedergelegt. Der Verdienst war äußerst gering. So hat bei der letzten Lohnzahlung (diesbezügliche 14-tägige) ein Formel, der 24 Mark verdient hatte, noch 70 Pf. mitbringen müssen. Zugang ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bezirk Schleien.

Die Münchener Brauerei-Arbeiter haben beschlossen, für die Festsetzung von Tarifverträgen, wie sie in Nürnberg-Nürnberg mit den dortigen Verantwortl. Redakteur: Carl Reid in Berlin. Verantwortl. verantwortlich: K.

Brauereibestehern bereits abgeschlossen sind, einzutreten. Eine Kommission ist mit den Vorarbeiten betraut.

Der deutsche Bergarbeiter-Verband hat, wie uns mitgeteilt wird, gestern die für die Streikenden in Amerika beizuliegenden 5000 M. an A. Jonas, New York („New Yorker Volkszeitung“) abgeliefert, welcher sie an die streikenden Bergarbeiter Amerikas übermitteln wird.

Ausland.

Die Maurer und Handlanger in Bern haben am Sonntag einen Vorschlag des Stadtpfäsidenten Steiger zugestimmt, wonach die Veranlagung des neuen Tarifs einem Komitee überlassen werden soll, welches aus drei Arbeitern, drei Unternehmern und dem Stadtpräsidenten als Obmann besteht. Auch die Unternehmer haben diesen Vorschlag angenommen. Die Arbeiter haben infolgedessen die Aufhebung des Streiks beschlossen.

In Giaratana auf Sicilien ist es zwischen streikenden Bauern und Gendarmen zu Thätlichkeiten gekommen. Zwei Bauern und ein Gendarm blieben tot auf dem Plage.

## Versammlungen.

Sechster Wahlkreis. In der am Dienstagabend bei Schulz, Elektrotechnische, abgehaltenen Wahlvereinsversammlung sprach Kallist über die Geschichte Polens. Neben gab in großen Zügen ein Bild von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des polnischen Reiches bis zu der letzten Teilung Polens und bezeichnete weiter die unerschütterliche Germanisationspolitik Preußens in den unterworfenen Landesteilen. Was die Differenzen zwischen deutschen und polnischen Genossen anbelangt, so beruhen dieselben größtenteils auf Mißverständnissen, die ebenso verschwinden werden, wie sie entstanden sind. In der Diskussion sprach v. Oppell im Sinne des Referenten. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Krenschke zu reger Beteiligung an der am 26. Oktober stattfindenden Flugblattverbreitung im Wahlkreise auf.

Der Verein der Fliesenleger beschloß in seiner Generalversammlung am 8. d. M. die Einheitsmarke am 13. Oktober einzuführen. Ferner wurde beschlossen: Jeder Maurer, der im Verein der Maurer organisiert ist und vorübergehend, d. h. bis zu 13 Wochen als Fliesenleger arbeitet, hat wöchentlich 25 Pf. zum Fonds der Fliesenleger zu zahlen. Mitglieder des Vereins der Maurer, die länger als 13 Wochen als Fliesenleger tätig sind, haben sich dem Fliesenleger-Verein anzuschließen, wobei ihnen die Mitgliedschaft im Verein der Maurer angerechnet wird. — Man glaubt durch diese Beschlüsse einen Streitpunkt zwischen den Angehörigen der beiden Berufsgruppen beseitigt zu haben. — Hierauf kam ein Schreiben zur Verlesung, aus dem hervorgeht, daß der Centralverband der Maurer beabsichtigt, eine Sektion der Fliesenleger für die im Verbands der Maurer organisierten Fliesenleger einzurichten. In dem Schreiben, welches von der Berliner Verbandsleitung der Maurer ausgeht, wird gesagt, die Fliesenleger-Verbandsmitglieder würden von den Kollegen des Fliesenleger-Vereins drangsalieren und zum Teil gezwungen, die 50 Pf.-Marke der Lokalfisten zu Neben außer dem Verbandsbeitrag. — Die Versammlung protestierte lebhaft gegen den Inhalt dieses Schreibens. Es sei nicht wahr, daß Maurer, die vorübergehend Fliesen legen, in behaupteter Art drangsalieren würden, auch sei die Gründung einer Fliesenleger-Sektion im Verbands zu verurteilen, da die bestehende Organisation der Fliesenleger dadurch geschädigt werde.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg hielt am Montag eine Generalversammlung ab. Gewauer erstattete Bericht über den Parteitag. Der Redner erachtet die Beschlüsse des Parteitages, auf die er des Näheren eingeht, als durchaus geeignet, die Schlagfertigkeit und den Kampfesmut der Partei für das kommende Wahljahr um ein gutes Stück vorwärts gebracht zu haben. Der Bericht wurde mit lebhaftem Beifall angenommen. Die Hebererhöhung der Versammlung mit der Thätigkeit der Delegierten des Kreises und den Beschlüssen wurde durch den Vorsitzenden ohne Widerspruch konstatiert. — Der Bericht des Vertrauensmannes Weiß zeigte, daß die Partei am Orte eine lebhaftere Thätigkeit entfaltet hat. Dem Vertrauensmann wurde einstimmig Entlassung erteilt. Nach dem Berichte hatte Weiß eine Einnahme von 1351,04 M., der eine Ausgabe von 1093,49 M. gegenübersteht und demnach ein Bestand von 257,55 M. verbleibt. An Stelle des Genossen Weiß, der eine Wiederwahl ablehnte, wurde Otto Seidel, Frankfurt a. M., einstimmig zum Vertrauensmann gewählt. — Der Kassierer des Wahlvereins, Weiß, hatte im Halbjahr April—September eine Einnahme von 1059,45 M. und eine Ausgabe von 819,15 M., mithin einen Bestand von 140,30 M. Auch dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt. — Die Zeitungskommission konnte berichten, daß zur Zeit 1240 Exemplare des „Vorwärts“ expediert werden, und daß sich der Drohschreibenvertrieb gebessert hat. In die Zeitungskommission wurden gewählt: Seidel, Viebigang, Adlerstein und Weiß. Die Ortswahl zum Vorstände ergaben die Wahlen der Genossen Seidel zum 2. Vorsitzenden, Weiß, 2. Schriftführer und B. Saniß zum 2. Kassierer, zu Revisoren Siegel, Lenz und Pfeil. Als Delegierte zur Kreisversammlung, die am 1. November stattfindet, wurden ernannt: Viebigang, Döbler, Weiß, Adler, Liebermann, Lenz und Adlerstein. Ein Antrag Gewauer: Auf der Kreisversammlung für eine möglichst einheitliche Erhöhung der Beiträge in den Bezirks-Wahlvereinen einzutreten, fand die Zustimmung der Versammlung. Schließlich wurde bekannt gegeben, daß am 26. Oktober eine Flugblattverbreitung und am 4. November ein Rezitationsvortrag stattfindet. Mit der Wahl der Genossen Pfeil und D. Viebigang in die Lokalkommission wurde Tagesordnung erledigt.

Die für Steglitz und Groß-Lichterfelde zum Dienstag einberufene öffentliche Parteiverammlung behufs Entgegennahme der Berichtserstattung von Münchener Parteitag fand ein vorzeitiges Ende. Mitteln im Referat des Genossen Dr. Vorkardt erfolgte die Auflösung der Versammlung wegen eingetretener Polizeistunde.

Bernau. In der am 11. d. M. im Chajum abgehaltenen Volksversammlung gab Freiwald einen Bericht über die Parteitage-Verhandlungen. In der hierauf folgenden Diskussion wurde ebenso wie vom Referenten eine regere Parteithätigkeit von den Genossen gefordert. Außerdem fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die Parteigenossen von Bernau erklären sich mit dem Bericht des Delegierten von Parteitage einverstanden und verpflichten sich, nach Kräften für die Weiterverbreitung und Verwirklichung der Ideen des Sozialismus einzutreten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stat, Sprachenfrage und Ausgleich im Reichsrat.

Wien, 16. Oktober. (W. T. Z.) In dem heute dem Abgeordnetenhause zugegangenen Staatsvoranschlag weisen die Ausgaben ein Mehrerfordernis auf für den kaiserlichen Hofstaat in der Höhe von zwei Millionen Kronen, für das Ministerium des Inneren von 2 275 383 Kronen; für das Landesverteidigungs-Ministerium beträgt das Mehrerfordernis 1 842 055 Kronen, für Antis und Interieur 2 318 293 Kronen, für das Finanzministerium 5 278 246 Kronen. Für das Handelsministerium ist ein Mehrerfordernis von 3 897 780 Kronen eingestellt, darunter ein Mehrerfordernis für Vorarbeiten für den Bau von Wasserstraßen von 400 000 Kronen. Für das Eisenbahn-Ministerium ergibt sich ein Mehrerfordernis von 795 000 Kronen und für das Ackerbau-Ministerium ein Mehrerfordernis von 312 545 Kronen. Die Einkünfte sind um 2 850 000 Kronen höher eingestellt. Die Gesamteinnahme bei den indirekten Abgaben ist um 20 955 550 Kronen höher als im Vorjahre angelegt. Der Ertrag der neu eingeführten Zigarettensteuer ist mit 15 251 000 Kronen eingestellt. Die ordentlichen Einnahmen des Eisenbahnministeriums sind um 3 Millionen Kronen höher als im Vorjahre veranschlagt. Gleite in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft

Nach dem beifällig aufgenommenen Finanzberichts des Finanzministers ergreift der Ministerpräsident das Wort, um die politische Lage zu kennzeichnen. Bezüglich der eingeleiteten Kaufverhandlungen mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft äußert die Regierung die Zweckmäßigkeit der Erwerbung der für den Großverkehr ausschlaggebenden Bahnlücken behufs Errichtung einer einheitlichen Eisenbahnpolitik im Sinne des Bedürfnisses der Industrie und des Handels sowie eine anspruchsvolle Gestaltung des Vertragswesens der ganzen Staats-Eisenbahnlücken vor. Die Regierung wird daher in ihrem Angebote bis an die äußerst zulässige Grenze gehen.

In Einlösung des gegebenen Wortes unterbreitete die Regierung den Vertretern der zunächst interessierten Parteien die Grundzüge, nach welchen sie die Sprachenfrage in Böhmen und Mähren zu regeln beabsichtigt. „Ich erkläre, fuhr der Ministerpräsident fort, daß die Regierung diese Frage von der Tagesordnung nicht ablegt, sondern im gegebenen Zeitpunkt den Gesetzentwurf über die Regelung der Sprachenverhältnisse Böhmens und Mährens, sowie über die Schaffung von Kreisbehörden in Böhmen einbringt, deren Errichtung sie mit aller Entschiedenheit anstrebt, um die Sprachenfrage einer praktischen Lösung zuzuführen. Es ist möglich, daß wir mit unserm Verstand scheitern. Allein die Frage ist gestellt und muß beantwortet werden. Dies ist meines Erachtens ein Fortschritt in der Situation, für welche wir von den Vertretern des böhmischen Volkes gewiß wohl kaum Vorwürfe verdienen.“ (Lebhafte Widerspruch bei den Czechen.) Der Ministerpräsident wußte dann die feindselige, erwiesene Behauptung der Vertreter des tschechischen Volkes zurück, daß die Regierung ein Gegner ihres Volkes sei, und nach dem Willen des andern Volkstammes verhandle, und betont, daß er beide Volkstämme mit gleichem Nachdruck zur Mäßigung und Besonnenheit mahne. (Zwischenrufe und Unterbrechung von Seiten der Czechen.) Die Regierung war auf die Verwerfung ihrer Vorschläge in Pausch und Bogen schon gefaßt und wundert sich nicht, wenn auch von der andern Seite eine herbe Kritik kommt. Der Widerspruch beider Parteien aber schadet sie nicht. Gehen Sie auf die Sache ein und der richtige Weg wird sich finden. Leider muß ich hier einen sonst seltenen Fall annehmen, nämlich, daß sich hinter sachlichen Einwendungen Witzspiel gegen die Form verbirgt, und darin erblicke ich einen schweren Fehler. (Bravo.) Die Vertreter der Deutschen finden in dem Grundzüge das Gebiet genau umschrieben, in welchem die deutsche Sprache als Amtssprache bei den landesfürstlichen Behörden zu gelten hätte. Die Regierung giebt Ihnen anheim, einen Vergleich zwischen dieser Abgrenzung und den von den Deutschen erhobenen Wünschen anzustellen und danach Ihre Entscheidung zu treffen. Auch die Frage, ob für die Erhaltung Ihres Volkstums Garantien darin gegeben sind, wollen Sie prüfen.“

Der Ministerpräsident wendet sich sodann der Frage der Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn zu und sagt: „Die Regierung ist wider Erwarten und trotz allem Eifer augenblicklich nicht in der Lage, definitive Resultate vorzulegen. Wir weisen jeden andern Gedanken so lange zurück, als die Hoffnung eines gerechten Ausgleichs zwischen den beiderseitigen Forderungen vorhanden ist. Das Entgegenkommen der Regierung lenkt nur eine Grenze, nämlich das unabwiesliche Bedürfnis Desterreichs.“ Der Ministerpräsident kündigt die Einbringung sozialpolitischer Vorlagen an und schließt mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, die gemeinsame Liebe zum Vaterlande werde dem Streit der Völker ein Ende machen. (Lebhafte Beifall, Widerspruch bei den Czechen.)

Abg. Karat beantragt unter scharfer Abwehr der Ausführungen des Ministerpräsidenten, welche die Lage eher verschärfen als bessern, die Eröffnung der Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten in nächster Sitzung. Der Antrag wird unter lärmendem Beifall der Czechen angenommen.

Nächste Sitzung findet morgen statt.

Französischer Grubenarbeiter-Streit.

Clermont-Ferrand, 16. Oktober. (W. T. Z.) Da die streikenden Bergleute sich weigerten, die Gruben zu unterhalten, wurden Generegruppen hingeschickt, um die Bergleute zu ersuchen und die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Kerlake Frage.

Paris, 16. Oktober. (W. T. Z.) Deputiertenkammer. Souverei behauptet, daß die Schließung der Kongregationschulen ungeleglich gewesen sei. Benoist spricht in demselben Sinne und erhebt Einspruch gegen die Verletzung des Eigentumsrechtes. Plichon wünscht zu wissen, wie die Regierung den Elementarunterricht für die Kinder sichern werde, welche die geschlossenen Schulen besuchten. De Ramel spricht ebenfalls gegen die Verletzung von Privateigentum. Jounart billigt die Haltung der Regierung, denn man müsse die Republik den Mönchen gegenüber verteidigen. (Fortsetzung morgen.)

Eisenbahn-Unfälle.

Paris, 16. Oktober. (W. T. Z.) Auf dem Bahnhof von Lacabe, in der Nähe von Périgueux, fand ein Zusammenstoß zweier Personenzüge statt; mehrere Reisende erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Palermo, 16. Oktober. (W. T. Z.) Der um 8 Uhr 30 Min. früh nach Catania abgegangene Eisenbahnzug ist bei Creta entgleist. Vierzehn Personen wurden verletzt.

Salino in Flammen.

Rom, 16. Oktober. (W. T. Z.) Seit 48 Stunden sieht die Insel Salino an der Westküste Siziliens in Flammen. Das Feuer brach im Westen der Insel aus, wo sich große Wälder befinden.

Der englische Premierminister und die Iren.

London, 16. Oktober. Unterhaus. Im Laufe der weiteren Beratung des Antrags Balfour betreffend die Geschäftsordnung beantragten mehrere irische Abgeordnete, daß Gelegenheit zur Besprechung der Lage in Irland gegeben werden sollte. Balfour sprach sich dagegen aus und beantragte nach längerer Debatte, während der die irischen Abgeordneten die Politik der Regierung rügten, Schluß der Besprechung, als gerade der nationalirische Abgeordnete John O'Donnell sich erhob, um das Wort zu ergreifen. O'Donnell weigerte sich, sich wieder zu setzen, als ihn der Sprecher dazu aufforderte, und sprach weiter unter großer Unruhe und Beifall bei den Iren. Seine Ausführungen blieben unverständlich. Er verließ die Bänke der Nationalisten und stellte sich den Sitzungssaal durchschreitend, vor den Premierminister hin, dem er den Schluß seiner Rede ins Gesicht schrie. Der Premierminister beantragte darauf, O'Donnell solle vorläufig von den Beratungen des Hauses ausgeschlossen werden. Unter großer Erregung stimmte das Haus über den Antrag ab, der mit 341 gegen 51 Stimmen angenommen wurde.

Leipzig, 16. Oktober. (W. T. Z.) Das Reichsgericht verurteilt die Revision des bayrischen Landtags-Abgeordneten H. J. Burgermeisters Lautenschlager in Reutlingen bei Schwabendorf und des Schneidermeisters Frettenbach, welche am Landtag in Augsburg am 24. Mai wegen jahrelanger Tötung zu 3 Monaten Gefängnis sowie 1 Monat Gefängnis verurteilt worden waren, weil sie einen Armenhändler hatten verhungern lassen. Dagegen wurde der Pfarrer Vergler, der zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, von Strafe und Kosten freigesprochen.

München, 16. Oktober. (W. T. Z.) Durch allerhöchste Verordnung vom 12. d. M., welche das „Verordnungsblatt“ des Kriegsministeriums heute bekannt gibt, werden die neuen Kriegsarbeitsblätter für das bayrische Heer eingeführt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Cierga & Weisgen u. Unterhaltungsbücher.

Reichstag.

105. Sitzung. Donnerstag, den 16. Oktober 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky. Zehr: v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst zwei Interpellationen über die Fleischsteuerung.

Die Interpellation Albrecht (Zoc.) lautet: Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der Steigerung der Fleischpreise, die seit geräumter Zeit eingetreten ist und in steigendem Maße eine Stabilität für immer weitere Schichten der Bevölkerung wird, entgegenzuwirken?

Die Interpellation Dr. Müller-Sagan (fr. Wp.) hat folgenden Wortlaut: Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler bezug auf die verbündeten Regierungen angesichts der herrschenden Fleischsteuerung zu treffen, insbesondere in Bezug auf die Grenzsteuer und die schleunige Beseitigung oder Herabsetzung von Zertifikatszöllen?

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe zunächst die Frage an den Herrn Reichskanzler der verbündeten Regierungen zu richten, ob und wann er bereit ist, die Interpellationen zu beantworten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Reichskanzler ist bereit zu antworten, aber sowohl die preussische Regierung wie andere Regierungen haben eingehende Erhebungen über die tatsächlichen Verhältnisse angestellt, die noch nicht beendet sind. Sobald sie vollendet sind, wird der Herr Reichskanzler dem Herrn Präsidenten mitteilen, an welchem Tage er die Interpellationen zu beantworten gedenkt.

Präs. Graf Ballestrem: Nach dieser Erklärung verlasen wir den Gegenstand für heute und gehen zum zweiten Punkt der Tagesordnung über: Zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes. (Der Reichskanzler Graf Bülow sowie die Minister v. Heinemann, Müller, v. Fockelski betreten den Saal.)

Die Beratung beginnt bei § 1 des Zolltarif-Gesetzes, der mit den dazu gehörigen Positionen des Tarifs verbunden wird.

Abg. Singer (zur Geschäftsordnung): Ich möchte entgegen dem Vorschlage des Herrn Präsidenten wünschen, daß wir mit der Beratung des Zolltarifs beginnen. Ich stüge mich dabei auf die Forderung der Logik. Im Absatz 1 des § 1 heißt es, nach Maßgabe des nachstehenden Zolltarifs. Es muß doch also zunächst festgestellt werden, welcher Tarif gelten soll. Es könnten ja bei Festsetzung des Generaltarifs Positionen geschaffen werden in Bezug auf Mindestzölle, die niedriger sind als die hier vorgegebenen. So würden für die Vertragsstaaten höhere Minimalzölle gelten als für die Nichtvertragsstaaten. Wir können uns weiter auch bei unserer Abstimmung über § 1 nicht eher entscheiden, als bis wir wissen, ob der Tarif etwa eine für uns annehmbare Form erhalten hat. Es ist also durchaus notwendig, daß man mit der Beratung des Zolltarifs zuerst beginnt.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe den Absatz 1 des § 1 nicht mit zur Beratung gestellt, sondern diesen Absatz für ein späteres Stadium vorbehalten. Die Beratung würde also nach meinem Vorschlag mit den Absätzen 2 und 3 beginnen. Die Festsetzung des Abg. Singer, daß beim Tarif Mindestzölle beschlossen werden könnten, die mit den im Gesetz vorgegebenen nicht übereinstimmen, wird dadurch hinfällig, daß diese Positionen des Tarifs gleichzeitig mit § 1 des Gesetzes beraten werden sollen.

Abg. Dr. Warth (fr. Wp.) beantragt zur Geschäftsordnung, es beim Vorschlag des Präsidenten zu belassen, aber eine Unterabteilung zu schaffen und zunächst über Weizen und Roggen zu diskutieren.

Präsident Graf Ballestrem erklärt, daß er gegen den Antrag Warth nichts einzuwenden habe.

Abg. Dr. Spahn (C.) bittet, den Vorschlag des Präsidenten anzunehmen. Der Schwerpunkt in zweiter Lesung liege darin, ob Mindestzölle beschlossen werden sollen oder nicht. Deshalb halte er für richtig, darüber auch zuerst zu diskutieren.

Für den Antrag Singer stimmen nur die Socialdemokraten. Der Antrag wird abgelehnt. (Bei der Abstimmung spricht der Präsident von einem Antrage des Abg. Dr. Singer, was Heiterkeit erregt und Graf Ballestrem läßt mit einer Handbewegung gegen Singer hinzu: Das kann ja noch werden. Erneute Heiterkeit.)

Es bleibt bei dem durch den Antrag des Abg. Dr. Warth modifizierten Vorschlag des Präsidenten.

Danach wird also zunächst beraten über § 1, Absatz 2 des Zolltarif-Gesetzes und zwar an erster Stelle speziell über die Mindestzölle für Weizen und Roggen in Verbindung mit den in den Nummern 1 und 2 des Tarifs enthaltenen Maximalzöllen für diese beiden Getreidearten.

Die Regierungsvorlage enthält als Mindestzölle für Roggen 5 M. und für Weizen 5,50 M.

Die Kommission hat diese Sätze um 50 Pf., also auf 5,50 M. und 6 M. erhöht.

Die Maximalsätze waren im Tarif nach der Regierungsvorlage auf 6 M. für Roggen und 6,50 M. für Weizen bemessen.

Die Kommission hat eine Erhöhung dieser Sätze um 1 M., also auf 7 M. und 7,50 M. beschlossen.

Mit zur Verhandlung steht der Antrag des Bundes der Landwirte (Abgg. v. Wangerheim, Dr. Nöcker und Dr. Gahn), daß die Zollsätze für Roggen und Weizen durch vertragmäßige Abmachungen nicht unter 7,50 M. herabgesetzt werden dürfen.

Zuerst ergreift das Wort Reichskanzler Graf Bülow:

Ich will zunächst den Mitgliedern der Zolltarif-Kommission den Dank der verbündeten Regierungen aussprechen (Heiterkeit) für die hingebungsvolle Arbeit, mit der sie sich der eingehenden Durchberatung des Zolltarif-Gesetzes und des Zolltarif-Entwurfs trotz seiner 146 einzelnen Positionen unterzogen haben. Auch wenn man mit den Ergebnissen der Arbeit nicht in allen Punkten einverstanden ist, verdient die Arbeit selbst doch volle Anerkennung. Umso mehr wünschen die verbündeten Regierungen, daß diese Arbeit keine vergebliche sei, sondern daß sie die Basis bilde für eine Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und diesem hohen Hause und für die künftigen Grundlagen unserer Zoll- und Wirtschaftspolitik. Wir stehen vor der zweiten Lesung der Tarifvorlage, die voraussichtlich im wesentlichen entscheidend sein wird für die endgültige Gestaltung derselben. Ich will deshalb nochmals im Namen der verbündeten Regierungen und unter ausdrücklicher Zustimmung der verbündeten Regierungen die Gesichtspunkte zusammenfassen, die für die gesetzgeberische Aktion der verbündeten Regierungen maßgebend gewesen sind. Ich weiß sehr wohl, daß sich über ein so gründlich und vielfach erörtertes Thema nicht viel Neues sagen läßt, und ich will mich möglichst kurz fassen.

Am 31. Dezember 1903 tritt der Zeitpunkt ein, wo die wichtigsten Zoll- und Handelsverträge des Deutschen Reiches mit andern Staaten gelündigt werden können. Damit bietet sich für uns die Möglichkeit, unsere handelspolitischen Beziehungen zum Auslande aufs neue zu regeln. Hierbei glauben die verbündeten Regierungen nach wie vor zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen zu müssen. Derjenige, der unser volkswirtschaftliches Organismus, das nach der Ansicht der Regierungen immer noch am meisten leidet, ist die Landwirtschaft. Deswegen wollen die verbündeten Regierungen diesem wichtigen Erwerbszweig einen erhöhten Zollschutz angedeihen lassen. Sie wollen der Landwirtschaft in ihrer schwierigen Lage helfen und damit ihren Innern Warenabsatz fördern. Die verbündeten Regierungen wollen aber gleichzeitig unser hoch entwickeltes Industrie nicht nur den inländischen Markt erhalten, sondern auch diejenigen Absatzgebiete, die

sie unter dem Schutze unserer bisherigen wirtschaftlichen Politik sich erobert hat, sichern und thunlichst erweitern. Damit glauben die verbündeten Regierungen unsern Innern und Außenhandel wertvolle Dienste zu leisten. In diesem hohen Hause sind bekanntlich die Ansichten darüber geteilt, ob das vom Deutschen Reich, während des letzten Decenniums, befolgte System der Handelspolitik, das System der gebundenen Tarife im Gegensatz zur Tarif-Autonomie für uns das richtige ist. Ich will auf diesen Streitpunkt nicht weiter eingehen, möchte jedoch daran erinnern, daß während der ersten Lesung der Zolltarifvorlage auch Anhänger der Tarif-Autonomie sich unter gewissen Umständen einverstanden haben mit dem Abschluß von Handelsverträgen und zwar für längere Zeit. Sie haben das gethan, weil unsre Industrie langfristige Handelsverträge braucht, weil sie eine solche Stabilität ihres Absatzes nach dem Auslande für eine fundamentale Bedingung ihres Gedeihens erachtet. Auf diesem Standpunkt stehen auch die verbündeten Regierungen. Sie halten den Abschluß langfristiger Handelsverträge für unsre wirtschaftliche Weiterentwicklung für wünschenswert und erstrebenswert und zwar nicht allein für die Industrie und den Handel, sondern auch für die Landwirtschaft. Selbstverständlich aber wollen die verbündeten Regierungen nicht Handelsverträge um jeden Preis, sondern nur auf für uns annehmbarer Basis, auf der Basis vollständiger Gegenseitigkeit und der Wahrung unsrer berechtigten Interessen. Um aber mit Aussicht auf Erfolg in Handelsvertrags-Verhandlungen eintreten zu können, wollen wir für diese Verhandlungen eine geeignete Grundlage schaffen. Deutschland hat die Zölle in seinem autonomen Tarif mit wenigen Ausnahmen auf dem Stande von 1879 gelassen. Es sind sogar eine gewisse Anzahl von Zollpositionen in späteren Verhandlungen herabgesetzt worden, insbesondere die Getreidezölle gegenüber den Sätzen von 1887. Dagegen haben die andern Staaten, mit denen wir im Handelsvertrag oder Meißbegünstigungsverhältnis stehen, wesentliche Verschärfungen in ihren Zöllen vorgenommen. Italien und Rußland haben ihre Zölle erhöht und zwar auch für eine Reihe solcher Produkte, an denen unsre Industrie direkt beteiligt ist. Amerika hat schon 1897 die hohen Zollschranken seines Dingley-Tarifs errichtet, die Schweiz hat zu Anfang der neunziger Jahre ihren autonomen Tarif fast durchweg erhöht und behandelt jetzt die gleiche Absicht. Oesterreich-Ungarn läßt sich an seinen Zolltarif heranzusehen, dasselbe hat Rumänien gethan. Auch sonst haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse vielfach geändert. In manchen Ländern, wie in Rußland und der Schweiz, ist während des letzten Decenniums die einheimische Industrie erstarkt. Man wird im allgemeinen dem Auge der Zeit folgend, dort jetzt mehr als früher bestrebt sein, den inländischen Markt der Industrie zu erhalten. Umso mehr ist es geboten, daß wir unsre handelspolitischen Mächtig erhebtlich verstärken, wenn wir als ebenbürtige Gegner auf dem Kampfplatze erscheinen wollen. Zu diesem Zwecke haben die verbündeten Regierungen den Entwurf zu einem neuen autonomen Tarif aufgestellt. Der neue Tarif weicht sowohl hinsichtlich der äußeren Anordnung wie der Höhe der einzelnen Positionen vielfach von dem alten Tarif ab.

Die größere Spezialisierung soll eine wirksame Waffe für die Vertragsverhandlungen bieten. Eine größere Anzahl erhöhter Positionen enthält der Tarif namentlich bei den handelspolitisch wichtigen Waren, die bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen voraussichtlich eine Rolle spielen sollen. Diese sind so bemessen, daß auch, wenn dem betreffenden Artikel ein erhöhter Zollschutz gesichert bleiben soll, doch auf dem Vertragswege Zugeständnisse gewährt werden können. — Die einzige Ausnahme im Tarif bilden die vier Haupt-Getreidearten Weizen, Roggen, Gerste, Hafer. Für sie sind einem dringenden Wunsche der Landwirtschaft zufolge Maximal- und Minimalzölle eingesetzt worden. Keine Position ist so leicht angegriffen worden wie diese. Die einen behaupten, die Getreidezölle bilden eine unerträgliche Belastung der notwendigen Lebensmittel, sie bedeuten eine Verteuerung der Arbeitslöhne, eine schwere Schädigung der Exportindustrie, die andern wieder sind der Meinung, daß die Sätze noch zu niedrig normiert sind, wieder andere erblicken in der Durchbrechung des Einheitszolls eine ungerechtfertigte Bevorzugung der Landwirtschaft, welche das Zustandekommen von Handelsverträgen unmöglich macht. Die verbündeten Regierungen halten in ihrer großen Mehrheit diese Beschränkungen nicht für begründet. Sie halten die Getreidezölle für gerade hoch genug bemessen, um einerseits die Landwirtschaft in ihrer Intuitivität und ihrem Umfange zu erhalten und andererseits den Abschluß langfristiger Handelsverträge noch möglich erscheinen zu lassen. Daß die Landwirtschaft schwer zu kämpfen hat, kann ernstlich nicht bestritten werden und es ist die Pflicht der Regierungen und dieses hohen Hauses der Landwirtschaft zu helfen, soweit das im Rahmen des Gesamtwohls möglich ist, d. h. ohne unnötige Schädigung anderer Erwerbsstände und ohne den Abschluß langfristiger Handelsverträge unmöglich zu machen. In diesem Rahmen wollen die verbündeten Regierungen der Landwirtschaft helfen nicht nur mit Rücksicht auf den Großgrundbesitz, auch nicht allein wegen der mittleren und kleineren Besitz, sondern im Hinblick auf das nationale Gesamtinteresse. Dieses macht es uns zur Pflicht, die Ernährung des deutschen Volkes nach Möglichkeit von dem Auslande unabhängig zu stellen und den socialpolitisch so wichtigen Teil der Bevölkerung, welcher die Scholle bebaut, lebensfähig zu erhalten. Das ist nur möglich durch eine verständige Schutzpolitik. Gegenüber den Angriffen, welche die Getreidezölle als zu niedrig bezeichnen, weise ich darauf hin, daß der Landwirtschaft durch die Festlegung einer Mindestgrenze für die vier Hauptgetreidearten ein Vorrangrecht eingeräumt ist, welches keinen andern bei der Revision beteiligten Interessenten zu teil geworden ist. Im Vergleich mit den bisherigen Vertragsverträgen bedeuten die Mindestsätze ferner eine wesentliche Erhöhung, also Mangel an Wohlwollen für die Landwirtschaft kann der Regierung nicht vorgeworfen werden. (Sehr richtig! links.) Gegen die Erhöhung der Getreidezölle ist insbesondere angeführt worden, daß dadurch die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen ungebührlich verteuert werden würde, daß diese Verteuerung durch Steigerung der Löhne ausgeglichen und dadurch die Produktionskosten der Industrie erhöht werden würden. Den verbündeten Regierungen liegt die bessere Lebenshaltung der Arbeiter ebenso am Herzen (Lachen bei den Socialdemokraten), wie die Konkurrenzfähigkeit der Industrie, sie halten aber gegenüber der von der Regierung vorgeschlagenen Erhöhung der Getreidezölle diesen Einwand für thatsächlich nicht begründet. Die Einführung der Getreidezölle 1879 und die spätere Erhöhung hat keine Steigerung der Kornpreise zur Folge gehabt, unsre Industrie hat sich in demselben Zeitraum glänzend entwickelt. Zu einer Schädigung der Industrie würden die verbündeten Regierungen aus niemals ihre Hand bieten können, denn die deutsche Wirtschaftspolitik hat mit einer hochentwickelten Industrie nicht minder zu rechnen, wie mit dem Gedeihen der Landwirtschaft. Für die Industrie ist die Hauptfrage ein gesteigertes Abfließen ihrer Produkte nach dem Auslande, wir müssen sie vor allem bewahren vor plötzlichen Preisschwankungen, wie sie durch Veränderungen in der Zollgesetzgebung anderer Länder herbeigeführt werden können, und wir müssen den für ihre geistliche Entwicklung notwendigen Zustand an längere Zeitdauer festlegen. Diese unerlässliche Vorbedingung für Industrie und Handel können wir schaffen durch den Abschluß langfristiger Handelsverträge. Daran hat auch die Landwirtschaft ein großes Interesse. Eine blühende Industrie ist der beste Abnehmer für die Landwirtschaft. Wir bestreiten aber nicht, daß das Hauptinteresse der Landwirtschaft sich darauf konzentriert, für ihre Produkte gegenüber der Konkurrenz des Auslandes einen hohen Preis zu erlangen. Die Regierung hat die Pflicht, zwischen

den verschiedenen Interessen die mittlere Linie zu ziehen. (Bravo! bei den Nationalliberalen, Lachen links.) Sie wird sich durch keinerlei Angriffe von links noch von rechts abdrängen lassen von dieser Linie, deren Einhaltung ihr im Interesse des Staatswohls geboten erscheint, sie beruht nicht auf Glauben, auf doktrinärer Vorliebe für dieses oder jenes System der Handelspolitik, sondern auf zwingenden Gründen der Staatsraison, auf der gebieterischen Notwendigkeit zwischen den vitalsten Interessen der verschiedenen Erwerbszweige einen Ausgleich zu schaffen. Deutschland ist weder ganz Agrarstaat noch ganz Industriestaat, das kann nicht oft genug wiederholt werden und daraus folgt die Notwendigkeit, eine mittlere Linie einzuhalten. (Hört! links: Welche?) Die mittlere Linie des Ihnen vorgelegten Zolltarifs. Von einer Erhöhung der Agrarzölle in den von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Grenzen ist nach unsrer Ansicht eine Benachteiligung der Industrie und eine Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen kaum zu befürchten. In Frankreich existiert seit dem Anfang der vierziger Jahre ein Weizenzoll von 5,90 M., ich würde aber nicht, daß selbst der ausgezeichnete Minister aus den Reihen der socialdemokratischen Partei eine Herabsetzung des Zolles durchgesetzt oder auch nur angesetzt hätte. In England hat man kein Bedenken getragen, zu einem Zoll auf Weizen und Mehl zurückzukehren. Bei den in der Vorlage normierten Zollsätzen würde unsre Industrie wesentlich mit denselben Bedingungen arbeiten wie das Ausland. Je höher aber die Getreidezölle bemessen werden, desto mehr wächst die Möglichkeit einer vom Weltmarkt unabhängigen Bewegung der Preise innerhalb des zollgeschützten Inlandes. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die durch die Getreidezölle gesteigerten Preise im Widerspruch ständen mit den Ernährungsinteressen der arbeitenden Klasse. Ein solcher Widerstreit muß vermieden werden. Hier zieht die Rücksicht auf die Konsumenten, insbesondere auf die Lohnarbeitende Bevölkerung, eine unübersteigbare Schranke gegen zu hoch bemessene Getreidezölle. Die Getreidezölle dürfen auch deshalb nicht zu hoch bemessen werden, damit bei sehr hohem Weltmarktpreise nicht mit ihrer zeitweiligen Suspension gerechnet werden müßte. Wir haben eine lebhaft agitatorische Agitation zu einer solchen Suspension im Jahre 1891 erlebt, wenn auch damals die Regierung dem Drängen nicht nachgegeben hat. Derartige plötzliche Eingriffe in die Zollgesetzgebung würden nicht nur in den Getreidehandel, sondern auch in die Staatsfinanzen ein bedeutendes Moment der Unsicherheit tragen. Die Erfahrungen von 1891 haben gezeigt, daß ein Weizenzoll von 5,50 in dieser Richtung die äußerste Grenze bezeichnet. (Lachen — ich sage das in voller Kenntnis der Tragweite meiner Worte, — würde eine Erhöhung oder Erweiterung der Mindestzölle das Zustandekommen von Handelsverträgen unmöglich machen. (Hört! hört! links.) Die verbündeten Regierungen sind im puncto Mindestsätze bis zur äußersten Grenze gegangen, wo ein Zustandekommen von Handelsverträgen noch möglich erscheint. (Auf links: erhebt sich.) Ich will auf die Frage nicht eingehen, ob Deutschland in absehbarer Zeit im Handel sein wird, seinen Bedarf an Getreide selbst zu erzeugen. Gegenwärtig haben wir jedenfalls noch eine Zufuhr vom Auslande notwendig und werden sie jedenfalls noch lange brauchen. Deshalb haben die Staaten, denen an der Erhaltung des deutschen Marktes liegt, ein Interesse daran, uns in ihrem Zolltarif Zugeständnisse zu machen. Weiter dürfen wir aber mit den Mindestsätzen nicht gehen. Dieser Tarifentwurf ist das Ergebnis eines Kompromisses nach langen und mühevollen Beratungen unter den verbündeten Regierungen. Bei seiner Aufstellung war von den verbündeten Regierungen als Hauptgesichtspunkt daran festgehalten worden, daß er ein Mittel sein sollte, um wieder zu Handelsverträgen zu gelangen. Von diesem Gesichtspunkte aus war von mehr als einer Seite die Einführung der Mindestsätze als erschwerendes Moment bezeichnet worden. (Hört! hört! links.) Die Regierungen sind trotzdem in dieser Richtung dem von mir vertretenen und befürworteten Wunsche der Landwirtschaft entgegengekommen, aber mit dem Vorbehalt, daß dadurch der Abschluß von Handelsverträgen nicht vereitelt werden dürfe. — Es ist auch gesagt worden, die Industriezölle seien im Vergleich zu den Agrarzöllen zu hoch gegriffen und würden die Produktionskosten der Landwirtschaft zu sehr erhöhen. Es handelt sich aber dabei um Artikel, die zum Schaden der betreffenden Industriezweige bisher zu niedrig tarifiert waren, die industriellen Sätze sollen nur den Veränderungen angepaßt werden, die sich während des letzten Decenniums auf industriellen Gebieten vollzogen haben. Ein großer Teil der Industriezölle sind, wie ich bereits andeutete, Tarifzuschläge, die als Kompensationsobjekte dienen sollen. Ein klares Bild über das Niveau der Industriezölle läßt sich zur Zeit überhaupt noch nicht geben. Die verbündeten Regierungen sind überzeugt, daß der Tarifentwurf im wesentlichen eine richtige Abweisung der berechtigten Forderungen unserer zwei großen Erwerbszweige, der Industrie und Landwirtschaft, enthält. Sie hoffen, daß auf seiner Grundlage eine Verständigung erzielt werden wird. Auf eine Erhöhung der Mindestsätze der Getreidezölle können die verbündeten Regierungen aus den Gründen, die ich bei der ersten Lesung und mein Stellvertreter wiederholt in der Kommission auseinandergesetzt hat, ebenso wenig eingehen, wie auf eine weitere Ausdehnung der Mindestsätze auf andre Positionen des Tarifs. (Große Unruhe rechts und im Centrum.) Wenn nun von gewissen Parteien erwidert wird: „Dann müssen wir den ganzen Zolltarif ablehnen!“, so ist das eine Argumentation, die den verbündeten Regierungen so schwer verständlich ist, daß sie ihr gegenüber kaltes Blut bewahren. Ein einfaches Rechenexempel zeigt doch, daß die Mindestsätze für Getreide eine recht erhebliche Erhöhung des jetzigen Zollniveaus darstellen. (Sehr richtig! links.) Wenn der Tarif abgelehnt würde, so bliebe den verbündeten Regierungen nur übrig, entweder die bestehenden Handelsverträge fortbestehen zu lassen oder auf Grund des alten Tarifs in neue Handelsvertrags-Verhandlungen einzutreten. Auch im letzteren Fall würden die verbündeten Regierungen bemüht sein, die Interessen der Landwirtschaft nach Möglichkeit wahrzunehmen. Daß es ihr aber beim besten Willen nicht so gelingen dürfte wie bei Verhandlungen auf Grund des neuen Tarifs, leuchtet ohne weiteres ein. Deshalb richten die verbündeten Regierungen an diejenigen Parteien, denen der Schutz der Landwirtschaft besonders am Herzen liegt, die Bitte, nicht zu vereiteln, was die Regierungen in mühsamer Arbeit der Landwirtschaft verschaffen wollten, sich nicht um die Vorteile zu bringen, die der neue Tarif der Landwirtschaft gewährt.

Nach einer andern Seite richte ich die Bitte, den Gang der Verhandlungen nicht durch künstliche Mittel in die Länge zu ziehen. Ich kenne in der Geschichte kein Beispiel, bei welchem heimliche oder offene Obstruktion nicht auf das allerschwerste das Ansehen des Parlaments und der parlamentarischen Institutionen geschädigt hätte. (Große Unruhe und Ob- und Auf- und Ab.) Lebhaft Zustimmung rechts.) Mit einem solchen Verfahren würde die Art an die Wurzeln des Parlamentarismus gelegt werden. (Große Unruhe links.) Zustimmung rechts.) Ueber unsre handelspolitische Zukunft muß endlich Klarheit geschaffen werden. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß die Vorlage im wesentlichen in der Ihnen vorgelegten Gestalt die Zustimmung des hohen Hauses finden wird. Sie sind überzeugt, daß die Vorlage der inneren und äußeren Wohlfahrt des Landes förderlich sein wird. Wir hoffen, daß wir an die schon so oft bewährte Einsicht und Vaterlandsliebe dieses hohen Hauses nicht vergebens appellieren und zu einer Verständigung ge-

angen werden, die den Interessen des Landes entspricht. (Schwacher Beifall der Nationalliberalen.)

Als Berichterstatter der Kommission berichtet Abg. Speck (C.) über die Verhandlungen der Kommission an der Hand seines schriftlichen Berichts, soweit sie das Zolltarifgesetz betreffen.

Abg. Graf v. Schwerin-Berlin berichtet als Referent über die Beschlüsse der Kommission zu Weizen und Roggen. Neben schließt mit den Worten: Die Beschlüsse der Kommission sind nur zu stande gekommen durch ein allgemeines Untergehen gegenüber dem Standpunkte der Regierung. Weiter konnte die Kommission nicht gehen. Die Beschlüsse sind gefasst worden unter der Voraussetzung, daß auch die Regierung nachgiebigkeit zeigen wird.

Abg. Gothein (ref. Bg.):

Der Reichstagler wies auf die Zollhöherungen in andern Staaten hin. Ausland hat aber vor Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages eine Reihe seiner Zollpositionen hinausgesetzt. Der neue Schweizer Tarifentwurf ist nur eine Antwort auf die erhöhten Schutzzölle des deutschen Zolltarifs. Auch ist dieser Schweizer Entwurf ja noch kein Gesetz, und es ist sehr zweifelhaft, ob er in der Volksabstimmung die Mehrheit für sich haben wird. Jedenfalls wird er nicht zu stande kommen, wenn der deutsche Zolltarif fällt. Wenn also heute eine Aenderung in der Zollpolitik unserer Nachbarstaaten eintritt, so ist Deutschland zum mindesten nicht unschuldig daran. Das gilt auch von Oesterreich-Ungarn. Der Reichstagler meinte, wir müßten unserer inländischen Industrie den inländischen Markt erhalten. Nur, die Gefahr, die unserer inländischen Industrie etwa von der rumänischen Industrie drohen könnte, dürfte nicht allzu groß sein. (Sehr gut! links.) Der Reichstagler bezeichnete den Zolltarif als ein Hülfsmittel für Handelsvertragsverhandlungen. Allerdings ist der Tarif eine Hülfsmittel, aber diese wird so schwer werden, daß sie unsere Regierungen schließlich niederschwächen wird. Ich möchte da dem citatenfreundlichen Herrn Reichstagler auch ein Citat ins Album schreiben:

„Mit Arm und Fuß er rückt und ringt,  
Der schwere Panzer ihn niederschwächt.“

(Weiterheit.) Das wesentliche Merkmal des jetzigen Zolltarifentwurfs besteht darin, daß hier zum erstenmal in die deutsche Handelspolitik das System von Maximal- und Minimalzöllen eingeführt wird. Minimalzölle auf so wichtige Gegenstände, die 27 Proz. der gesamten Zollpflichtigen Einfuhr ausmachen, müssen den Abschluß von Handelsverträgen auf das äußerste erschweren. Nichts Bismarck motivierte seiner Zeit die Erhöhung des Getreidezölles von 3 auf 5 Mark lediglich damit, daß man ein Kompensationsobjekt für Handelsverträge haben müsse. Wenn man heute immer so auf die Bismarckische Handelspolitik zurückgreift, so sollte man auch diese Bismarckische Auffassung mitteilen. Die Handelsverträge von 1894 mit ihrer Sicherung ihres Außenhandels haben der deutschen Industrie eine Zeit des Aufschwunges gebracht, wie sie vorher in solcher Dauer nie dagewesen ist. Fällt diese Sicherheit unserer Handelsbeziehungen jetzt weg, steht sich unsere Industrie in der allerbedenklichsten Situation. Bis zu einem gewissen Grade hat unsere Großindustrie diese Situation verdient durch eine ganz unbedeutende Förderung agrarischer Wünsche. Heute allein machen die Agrarzölle fast 15 Proz. der Produktionskosten der Industrie aus. Jede weitere Steigerung der Agrarzölle muß die Produktionskosten der Industrie weiter erhöhen und die Arbeitskraft des Volkes vermindern. Das trägt weiterhin dazu bei, unsere Industrie gegenüber dem Auslande in ihrer Konkurrenz zu schwächen. Ich treue mich nun anzuordentlich, daß der Reichstagler heute erklärt hat, falls der Tarif nicht zu stande komme, werde die Regierung versuchen, entweder die bestehenden Verträge zu verlängern oder auf Grund des alten Tarifes neue Handelsvertrags-Verhandlungen einzuleiten. Für diese Erklärung muß die gesamte deutsche Industrie dem Reichstagler dankbar sein. Die Erhöhung der Getreidezölle stellt sich dar als eine Schraube ohne Ende. An der Erhöhung der Grundpreise hat nicht die Landwirtschaft als solche ein Interesse, sondern nur der gegenwärtige Besitzer. (Sehr richtig! links.) Den Professor Conrad in Halle, den man immer ins Feld führt, kann man hier in keiner Weise gegen sich auspielen. Das ganze Axiom von der Notlage der Landwirtschaft ist hinfällig. Die Getreidpreise sind heute in Ostpreußen bedeutend billiger als im Rheinland oder in Bayern; überall aber klagen die Landwirte in gleicher Weise über ihre Notlage. Die niedrigeren Güter- und Pachtzölle sind für die Landwirte ein Segen und wir ein Vorteil für den jeweiligen Besitzer. Bei dem häufigen Besitzwechsel der Güter kann man annehmen, daß in zehn Jahren schon der Besitzstand größtenteils ein anderer ist. Für jeden späteren Besitzübernehmer aber sind die hohen Güterpreise ein großer Nachteil. Die letzte Wirkung aller einkommensteigernden Maßnahmen ist eine Erhöhung der Schuldenlast. Das hat selbst Professor Ruhland, eine Autorität der Agrarier, anerkannt. (Hört, hört! links.) Die vom Landwirtschaftsrat angeregte Enquete über die landwirtschaftlichen Rentabilitätsbedingungen enthalten der Kontrolle von Seiten anderer wirtschaftlicher Vereinigungen. Die Anstalten beruhen höchstens zur Hälfte auf einer geregelten Buchführung. Selbst der Generalsekretär des ostpreussischen Centralvereins erklärte, nicht zu wissen, welche Anstalten auf Buchführung und welche auf Phantasie beruhen. (Hört, hört! links.) Daß eine Erhöhung der Getreidpreise keineswegs ein Interesse der kleinen und mittleren Bauern liegt, mußte selbst der Minister v. Bismarck für Württemberg anerkennen. Der kleine Bauer muß ja für seine Viehzucht noch

Getreide zukaufen. (Sehr richtig! links.) Die Zeiten der höchsten Getreidpreise sind auch immer die Zeiten der größten Vermehrung des Großgrundbesitzes gewesen. Aber selbst bei den höchsten Gütern erwächst noch nicht ein Drittel des Ertrages aus dem Verkauf von Getreide. Die Landwirtschaft blüht hauptsächlich am meisten in den Ländern ohne Schutzzoll, wie Dänemark und Holland. Aus Frankreich, wo der Getreidezoll 5.00 Mark beträgt, veröffentlichte neulich die „Kreuzzeitung“ eine geradezu erschreckende Liste der landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen. Und dabei ist Frankreich ein Land nicht nur mit stagnierender, sondern mit zurückgehender Bevölkerung, während wir in Deutschland jährlich eine enorme Zunahme der Bevölkerung haben. Viel besser als durch Zollserhöhung könnte der Landwirtschaft geholfen werden, wenn die Landwirte rentabler zu wirtschaften verständen. Vieles sind aber unsere Landwirte für alle Verbesserungen im Getreidebau und bei der Viehzucht unzugänglich. Ueber ungeheure Ausdehnung des Getreidebaues, Vernachlässigung des Baues von Futtermitteln, wenig rationelle Verteilung der Viehzucht und Festhalten am alten Schlandrian wird vielfach geklagt. Also die Ursachen der Notlage der Landwirtschaft liegen durchaus nicht in den zu niedrigen Getreidezöllen. Die Regierung scheint dies als eine Art Axiom anzunehmen, aber sie thut es im Gegenfatz zu der Ansicht bedeutender Vertreter der Wissenschaft. Wer ein wirklicher Freund der Bauern ist, möchte ihnen klar machen, daß sie vielfach besser wirtschaften und sich in Gewerkschaften vereinigen müssen. Wenn also die Not der Landwirtschaft durchaus kein unbeseitbares Axiom ist, so ist eine Erhebung über die tatsächliche Lage der Landwirtschaft durchaus geboten. Ich habe die Veranstaltung solcher Erhebungen im kontraktualistischen Verfahren in der Kommission bereits angeregt. Freilich dürfte eine solche Enquete nicht hinter verschlossenen Thüren stattfinden und es müßten alle Parteien gehört werden. Wir haben ja neuerdings erfreulicherweise erlebt, daß man in eine Kommission zur Prüfung einer wichtigen wirtschaftlichen Frage auch einen Vertreter der Sozialdemokratie hineingegeben hat. Eine solche Enquete, wie ich sie für notwendig halte, möchte die Frage prüfen, besteht ein Notstand der Landwirtschaft und ist ihm auf diese Weise abzuhelfen? Man möchte untersuchen, in welchen Produktionszweigen der Notstand vorhanden ist, ob bei der Viehzucht oder beim Getreidebau. Auf das eingehendste muß auch geprüft werden, in welchen Gegenden etwa das Sinken der Preise einen Notstand verursacht hat. Man muß aber auch untersuchen, inwiefern die Not der Landwirtschaft durch die Landwirte selbst verursacht ist, vor allem durch ihre ungenügende Vorbildung. Viele Landwirte geben selbst im Landwirtschaftskalender an, daß sie das väterliche Gut übernommen resp. bis ein Gut gekauft haben, nachdem sie vorher Jura studiert und vielleicht einige Zeit beim Militär gestanden haben. Ich wundere mich, daß die Herren von der Rechten, die doch sonst so für den Befähigungsnachweis — beim Handwerk und angesichts der vielen Klagen über die Not der Landwirtschaft noch nicht darauf gekommen sind, den Befähigungsnachweis für den Betrieb der Landwirtschaft zu verlangen. (Sehr gut! links.) Selbst ihr Getreide-Beläger, Professor Ruhland, hat zugegeben, daß die Landwirte häufig nicht genügend für ihren Beruf ausgebildet sind. Es ist sogar die Behauptung aufgestellt worden, daß 90 Prozent der Landwirte der genügenden Vorbildung ermangeln. (Hört! hört! links.) Man spricht von den hohen Löhnen der landwirtschaftlichen Arbeiter. Gewiß sind diese Löhne im Laufe der Zeit gestiegen, aber menschenunwürdig sind sie noch heute. Auf jeden Fall ist es ein Märchen, daß mit den Getreidpreisen auch die Löhne steigen. In Amerika mit seinen niedrigen Getreidpreisen sind die Löhne verhältnismäßig hoch. (Sehr richtig! links.) Sie klagen über die hohen Löhne und andererseits erhöhen Sie selbst die Produktionskosten der Landwirtschaft, indem sie hohe Zölle auf Eisen, Maschinen und sogar auf die Futtermittel legen. (Sehr gut! links.) Mit dem Zoll auf Pferde ist ein großer Teil der Landwirte nicht einverstanden, weil sie auf die Einfuhr von Pferden angewiesen sind. Ebenso liegt der Zoll auf Obst ...

Präsident Graf Balleschrem: Herr Abgeordneter, wie verhandeln Sie über die Getreidezölle, das andre kommt noch. (Weiterheit.)

Abg. Gothein (fortfahrend): Ich werde mich dem Wunsche des Herrn Präsidenten fügen, bemerke aber, daß auch der Herr Reichstagler über den ganzen Zolltarif gesprochen hat.

Präsident Graf Balleschrem: Der Herr Reichstagler kann sprechen, worüber er will, die Mitglieder des Hauses sind an die Tagesordnung gebunden.

Abg. Gothein (fortfahrend):

Ich halte es also, wie gesagt, für viel wichtiger, die Produktionskosten zu verbilligen, als die Produkte im Preise zu steigern. Auf die von mir gewünschte Enquete habe ich seiner Zeit in der Kommission verzichtet, ich nehme den Antrag aber hiermit für das Plenum wieder auf. Ich weiß wohl, daß ihre Ergebnisse diesem Reichstag nicht mehr zugehen können, aber die Frage der Getreidezölle wird nicht verschwinden, ganz gleich, wie der Beschluß über den Tarif ausfällt. Der Kampf um die Getreidezölle wird unentwegt weiter gehen und deshalb ist es im Interesse der Landwirtschaft und des gesamten Volkes dringend geboten, daß vollständige Klarheit darüber geschaffen wird.

Die Hauptsache ist die Erhaltung eines leistungsfähigen Arbeitervolkes und dieses wird nicht erreicht durch Erhöhung der Getreidpreise und die Verteuerung der Lebensmittel. Worauf beruht die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie? Auf der Intelligenz und guten Leistungsfähigkeit der Arbeiter. (Sehr richtig! links.)

(links.) Daß die gegenwärtige Erhebung der deutschen Arbeiter nicht ausreichend ist, wird von vielen Aerzten anerkannt, die ungeheure Verbreitung der Tuberkulose ist der beste Beweis dafür. Ich komme zum Schluß. (Hört! rechts.) Der Herr Reichstagler hat bringend vor einer Debatte in irgend welcher Form gezwungen; Dadurch würde das Ansehen des Parlamentarismus aufs schwerste geschädigt. Ich nehme an, daß er diese Notlage besonders gegen die Herren vom Bunde der Landwirte gerichtet hat. Und liegt es fern, Obstruktion zu treiben, wir sind allerdings der Meinung, daß dadurch der Parlamentarismus geschädigt werden kann, aber ebenso wird wir der Ansicht, daß das Ansehen eines Parlaments auf das schwerste dadurch geschädigt wird, wenn es in einem Tempo, welches eine sachliche Beratung des Gegenstandes unmöglich macht, die Beratung führt. Wenn aber so wichtige Angelegenheiten des Volkes verhandelt wird, so ist es notwendig, daß man in ausgiebiger, aber allerdings auch sachlicher Weise berät, und so werden wir, wie in der Kommission, uns in sachlicher Weise an diesen Beratungen beteiligen. Ich für meine Person wünsche ja, daß dieser Tarif auf seinen Fall zu stande kommt. Ich meine vor allem, daß das Volk ein Recht hat, hier mitzusprechen. (Sehr richtig!) Als dieser Reichstag gewählt wurde, hatte kein Mensch eine Ahnung, daß die Regierung mit einem derartigen Zolltarif kommen könnte. Sonst hätten sich die Wähler ihre Abgeordneten jedenfalls noch jemand angesehen. Ich halte es im Sinne eines geübten Parlamentarismus für dringend notwendig, daß über diese Vorlage nicht dieser Reichstag, sondern der kommende Reichstag Beschluß faßt. (Sehr richtig! links.) Das Volk muß das Recht haben, selbst zu prüfen, das heißt, den Parlamentarismus nicht schwächen, sondern ihn stärken. (Lebhafte Beifall links, große Unruhe rechts und im Centrum.)

Abg. v. Kardorff (Hr.):

Ich wünsche nur, in landwirtschaftlichen Fragen so klug und weise zu sein, wie es Herr Gothein zu sein glaubt. Dann wäre ich der weiseste Mensch der deutschen Landwirtschaft. (Weiterheit und sehr gut! rechts.) Herr Gothein sprach von den kommenden Wahlen. Die mir bekannten Wählerkreise sind ganz anders gestimmt, wie es Herr Gothein schilderte. Bei uns war schon im vorigen Wahllampfe die Parole: „Wiederherstellung und wenn möglich, Erhöhung der früheren Getreidezölle!“ (Widerpruch links.) Ich habe auch von den Wünschen eines Abgeordneten eine andre Auffassung als Abg. Gothein; mein Wahlkreis hat mich gewählt, weil er nur zutraut, daß ich seine Interessen nach bestem Können und Wissen vertritt. (Zuruf links: Das war sehr unvorsichtig! — Große Weiterheit.) Es kommt doch nicht auf die absolute Höhe der Lebensmittelpreise an, sondern darauf, daß die Bevölkerung jobiel verdient, um sich die Lebensmittel kaufen zu können. Sie (nach links) freilich wünschen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter Not leiden, damit die städtischen Arbeiter prosperieren können. (Doh! und große Unruhe links.) Die landwirtschaftlichen Arbeiter sind in Ihren Augen die Parasiten.

Ich habe den Auftrag, seitens meiner politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir bei den Beschlüssen der Kommission unferneits stehen bleiben. (Zuruf links: wie lange? Weiterheit.) Die Kommissionenbeschlüsse bedeuten für uns die richtige mittlere Linie.

Die ungünstigen Verhältnisse der Landwirtschaft werden durch die Billigkeit der transatlantischen Frachten noch verschärft. Der preussische Handelsminister, Herr Dr. Müller (Weiterheit), hält freilich diesen Rückgang der Frachtpreise für eine vorübergehende Erscheinung. Mir wurde aber von sachmännlicher Seite mitgeteilt, daß die Schiffslasten noch weiter sinken würden. Die ungeheuren Schiffslasten, welche die moderne Technik erzeugt, beförderten die Frachten weit billiger als die früheren kleineren Fahrzeuge. Das die Anträge des Bundes der Landwirte zu den Zöllen auf Roggen und Weizen anlangt, so halten ja auch wir etwas höhere Zölle auf diese Produkte für wünschenswert, wir werden aber gleichwohl darauf verzichten, diesen Anträgen zustimmen, weil wir große Demonstrationen nicht machen wollen, und das ist eine große Demonstration. (Zustimmung rechts; Unruhe bei den Wählern.) Die Herren wissen, daß sie damit in der Minorität bleiben, und ich glaube auch, daß sie wissen, daß sie bei dem nächsten Wahllampfe nicht die Majorität des Landes dafür haben werden. Ein solcher Glaube wäre ein großer Optimismus der Herren. Durch die caprivischen Handelsverträge ist ein Zwiespalt zwischen Industrie und Landwirtschaft entstanden. Kommt es jetzt nicht zu einer Verständigung zwischen diesen beiden Erwerbszweigen, so wäre der tertius gaudens, das internationale Handelskapital. Auch das letztere hat ja seine Berechtigung, aber die heimische Landwirtschaft und Industrie können sich doch ganz und gar nicht vom Handel beherrschen lassen. Der Reichstagler warnte vor einem Hinangehen über die Regierungsvorlage und meinte, Obstruktion bringe ein Parlament in der allgemeinen Achtung herunter. Es legt aber auch ein Parlament in der allgemeinen Achtung herunter, wenn man ihm sagt: „Frei oder stirb!“ (Große Weiterheit und sehr gut! rechts.) Wir würden es für ein nationales Unglück halten, wenn der Tarif nicht zu stande käme. Eine Verständigung zwischen den Reichstagspartei wird hoffentlich doch noch, wenn auch vielleicht in einem späteren Stadium (Hört! links) zu stande kommen. (Beifall rechts.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Abg. Spain (C.) schlägt vor, da jetzt wenig Kommissionen tagen, die morgige Sitzung bereits um 12 Uhr beginnen zu lassen.

Das Haus stimmt debattelos diesem Vorschlage zu.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

**Theater.**  
Freitag, 17. Oktober,  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Opernhaus, Robert der Teufel.**  
Schauspielhaus, Im bunten Red.  
Deutsches, Es lebe das Leben,  
Berliner, Als Heidelberg,  
Westen, Undine,  
Lelling, Die Kleinbürger,  
Neues, Redige Luise,  
Reifenz, Seine Kammerzofe,  
Thalia, Charleys Tante, Casps  
Polska.

**Central, Der Bettelstudent.**  
Anfang 8 Uhr.

**Schiller, O. (Sallner-Theater.)**  
Der Lärche, Der Arzt wider  
Sitten.

**Schiller, N. (Friedrich-Wilhelm-  
Häufiger Theater), Doktor Klaus,  
Carl Weiss, Eine Paria,  
Luisen, Vor Sonnenanfang,  
Casino, Corradini, Ihre Familie,  
Steines, Exercitium v. Zwischen-  
spiele.**

**Wilhelm, Der Jongleur.**  
Buntes Theater, Enthüllung des  
Heinrichsmales, Der Hund, Bunter  
Zell, Im Senders.

**Metropol, Berlin bleibt Berlin.**  
Trianon, Die Liebesschaukel, (La  
Bascule.)

**Apollo, Puffkula, Spezialitäten-  
Vorstellung.**

**Wintergarten, Spezialitäten-  
Vorstellung.**

**Vasage, Theater, Spezialitäten-  
Vorstellung.**

**Vasage, Panoptikum, Spezialitäten-  
Vorstellung.**

**Urania.**  
Taubenstrasse 42/43.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Tausend Jahre  
deutscher Kultur.

Im Hörsaal um 8 Uhr:  
Prof. Dr. Müller: Das Geschlechts-  
vermögen.

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**CASTANS  
Panoptikum**  
Friedrichstrasse 166.  
Die sensationellen  
lebenden Bilder,  
dargestellt v. 6 jungen Damen.  
Kirchmeiers Berliner  
Original-Schrammeln.

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauerbrücke 5.  
Größtes Vergnügungslokal  
Berlins.

Internationale Konzerte  
von 5 Künstler-Kapellen.  
Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Täglich Matinee von 12-2 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse,  
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.  
Die Liebesschaukel.  
Luetspiel in 4 Akten v. M. Donnay.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonstagnachm.: Coralie & Cie.

**Central-Theater**  
Freitag, 17. Oktober, Anfang 7 1/2 Uhr  
(Abonnements gültig):  
Der Bettelstudent.  
Operette in 3 Akten u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

**Luisen-Theater.**  
Vor Sonnenanfang.  
Sociales Drama in 5 Akten von  
Gerhard Hauptmann.  
Anfang 8 Uhr. Vorverf. 10-2 Klasse,  
Annulliden- und Militärband.  
Morgen: Maria Stuart. Sonntag  
3 Uhr zu kleinen Preisen: Hamlet.  
Abends: Berlin, wie es weht und lacht.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
Eine Paria.  
Lebensbild in 5 Akten (8 Bildern)  
von Ernst Hilferich. Anfang 8 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Eine  
Paria. Sonnabendnachmittag 4 Uhr:  
Robinson Crusoe. Sonntagnachmittag  
3 Uhr: Maria Stuart.

**Buntes Theater**  
(Uoberbrelli.)  
Anfang 8 Uhr. Köpenickerstraße 68.  
Enthüllung des Helms-Deumals.  
Der Hund. — Bunter Zell.  
Leitung: O. Straus.  
Wiederaufreten  
von  
Bozema Bradsky, Marcell Salzer.  
Bokken-Lasson.





Der Generalstreik in Genf und seine Lehren.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Der Generalstreik der Arbeiter in Genf ist am Sonntag als erledigt erklärt worden...

Genf ist geradezu die Geburtsstätte der schweizerischen Arbeiterbewegung. Schon 1835 bestand dort ein „Deutscher Lebens- und Eingewöhnungsverein“...

Nur sehr langsam gelang es den Arbeitern in Genf, auf das politische Leben Einfluss zu gewinnen. Bis in den letzten Jahren hinein erhielt die sozialdemokratische Partei bei Wahlen nur 700, 800 bis 1000 Stimmen gegenüber den 6000 und 8000 Stimmen der Radikalen und Konservativen...

Das Bündnis fand indes Anfechtung eines Teils der organisierten Arbeiterkraft in Genf, der freiwillig ebenfalls nicht glücklich überlebte. Nicht nur die große Zahl von ausländischen Arbeitern in Genf verhinderte, daß unsere Partei eine bedeutende Stärke erlangte...

Diese Verhältnisse führten vor einigen Jahren zu einer förmlichen Spaltung der Arbeiterschaft, indem die Gewerkschaften aus der Arbeiterunion austraten und eine selbständige lokale Centralorganisation, ein Gewerkschaftsamt (Fédération ouvrier) gründeten...

Nun zu dem die Ursache der ganzen Vorgänge bildenden Straßenbahnerstreik, der nur eine Wiederholung des anfangs August stattgefundenen ersten Straßenbahnerstreiks war...

Die offenbar vollständig zuchtlose und wortbrüchige Direktion führte jedoch den Schiedspruch nicht in loyaler Weise aus und so kam es am Sonntag, den 28. September, zum zweiten Straßenbahnerstreik. Die Gründe, welche dazu führten, sind bekannt, ebenso der weitere Verlauf der Streikbewegung...

Die offenbar vollständig zuchtlose und wortbrüchige Direktion führte jedoch den Schiedspruch nicht in loyaler Weise aus und so kam es am Sonntag, den 28. September, zum zweiten Straßenbahnerstreik. Die Gründe, welche dazu führten, sind bekannt, ebenso der weitere Verlauf der Streikbewegung...

Wen der größten Wichtigkeit ist die Feststellung, daß keinerlei Ausschreitungen der Streikenden Anlaß zu militärischem Einschreiten boten, sondern dazu nur die friedlichen Demonstrationsumzüge benutzt wurden...

im Nationalrat ließen das geschehen, ohne ein Wort dazu zu sagen, ohne mit lauter Stimme und aller Entscheidung gegen diese empörende Selbstadpolitik zu protestieren. Das sind traurige Arbeitervertreter und es ist daher die höchste Zeit, daß sozialdemokratische Abgeordnete nach Bern kommen, die ihrer Aufgabe gewachsen und keine „Staatsmännchen“ Wachsfiguren sind...

Der in Baffersdorf versammelte Parteitag spricht seine tiefste Entrüstung aus über die Vorgänge in Genf. Er verurteilt in erster Linie das Verhalten der Genfer Regierung, die im Interesse des Kapitalismus die allgemeine Wohlfahrt und Sicherheit preisgab und durch provokatorisches Vorgehen erst die Ausschreitungen hervorrief...

Der Generalstreik wie der Straßenbahnerstreik sind nun zu Ende, beide verloren. Eine große Zahl Straßenbahner werden auf der StraÙe arbeitslos und existenzlos bleiben, die Frauen und Kinder der Ausgewiesenen sehen sich vor eine schlimme Notlage gestellt. Der Generalstreik war freilich gelungen, aber zu seiner wirksamen Fortführung fehlten alle Mittel und da er weder auf die Straßenbahngesellschaft noch auf die Regierung die gewünschte Wirkung ausübte...

Zur Klärung der Verhältnisse zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien, zur strengen Scheidung der Klassen und Parteien, zur Förderung des Klassenbewußtseins der Arbeiter haben die Vorgänge der letzten Woche in Genf viel beigetragen. Aber leider verhindert die Tätigkeit der Anarchisten, daß die Sozialdemokratie den Erfolg davon erntet...

Genf, 16. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine starkbesuchte Versammlung der sozialistischen Partei beschloß einstimmig die Einsetzung einer Prüfungskommission, die untersuchen soll, ob die Haltung des sozialistischen Regierungsrats Thibaud während des Generalstreiks den Partei-Ausschluß erfordert...

Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter.

Paris, 14. Oktober. (Fig. Ver.) Stand der Bewegung. Der Streik dehnt sich noch immer auf weitere Orte und Gruben aus. Besonders erfreulich ist die Kapitulation der Selben in den Gruben von Angin. Sie haben mit den Streikenden gemeinsame Sache gemacht...

Wirtschaftliche Folgen. Gleich im Beginn des Streiks wurde von kapitalistischer Seite optimistische Stimmungsmacherie getrieben in Bezug auf die Folgen des Streiks für die von der Kohlenförderung abhängenden Industrien. Da Frankreich mit seinen 30 Millionen Tonnen im Jahre ohnehin nur zwei Drittel seines Kohlenbedarfs produziert, so brauche man nur die Kohleneinfuhr zu steigern...

Die interessierte optimistische Rechnung beginnt nun schon durchlöcherig zu werden. In Denain (Nord) machten die Eisen- und Stahlwerke, die 5400 Arbeiter beschäftigen, bekannt, daß sie für Montag und Dienstag den Betrieb einstellen und vielleicht das gesamte Personal entlassen würden, falls der Streik bis Freitag fortbauern sollte...

hat eine große Glasbläse die Flaschenfabrikation bereits um die Hälfte reduzieren müssen. Jetzt kommt die Nachricht vom Beginn einer Lohnbewegung unter den belgischen Kohlengräbern gerade mit Rücksicht auf den französischen Streik und die dadurch veranlaßte Erhöhung der belgischen Kohlenpreise...

Das Verhalten der Regierung. Nach wie vor Terrence beharrt die Regierung im gefährlichen Spiel der polizeilich-militärischen Einschüchterung der Streikenden. Aus Decazeville (Aveyron) telegraphiert der Abg. Dr. Mesliier an die „Petite République“, daß „schwere Instruktionen“ zu befehligen seien...

Gegenüber der Bewaffnung der Selben hat die Regierung nichts weiter getan, als ein — Präfelten-Dementi veröffentlicht. Nun wird aber dieses Dementi von Lanoir, dem Hauptling der Selben, zurückdementiert, und dem Temps wird aus Valenciennes (Nord) berichtet über die Missethat der Gelben-Delegierten aus Paris im bewaffneten Zustand...

Das Verhalten der Regierung ist desto empörender, als sie genau wissen muß, daß gar manche reaktionäre Offiziere darauf förmlich brennen, bei der ersten vom Baum gebrochene Gelegenheit ein Blutbad anzurichten, um so die ihnen verhaßte Regierung der Sturzgefahr auszusetzen.

Paris, 16. Oktober. Die Lage hinsichtlich des Grubenarbeiter-Auslandes ist unverändert. Die Zeitungsmeldung, daß die Gruben-Gesellschaften des Departements Nord die schiedsrichterliche Entscheidung des Präfekten annehmen wollen, ist unrichtig. Von einer solchen ist nie die Rede gewesen...

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Oktober, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Zur Verhandlung stehen zunächst die Ausschufsanträge zu der Vorlage wegen anderweiter Regelung des ärztlichen Dienstes am Waisenhaus und am Arbeitshaus zu Rummelsburg...

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach den Ausschufsvorschlägen. Zur Kenntnisnahme teilt der Magistrat mit, daß er dem Beschluß der Versammlung von 1903 ab bis auf weiteres die unterste (4 Mark) Kommunalsteuerstufe nicht mehr zu erheben, beigetreten ist. Eine Debatte knüpft sich an diese Mitteilung nicht...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste! Am Sonntag, den 19. Oktober, veranstaltet die „Musikalisch-Dramatische Vereinigung“ in den Residenz-Festsaal, Landbergerstr. 31, eine Festschicht; ferner am Montag, den 20. Oktober, die Privat-Theater-Gesellschaft „Minerva“ in demselben Lokal ein Vergnügen. Zu beiden Veranstaltungen werden Karten an Vereine und Private gesandt mit dem Vermerk „Frei“, jedoch muß der Inhaber derselben beim Eintritt eine Nachzahlung leisten...

Das Berliner Gesellschafts-Haus (früher Holzmann), Lindenbergerstr. 16 — IV. Kreis Ost — steht der Arbeiterschaft zu Versammlungen etc. zur Verfügung. Die Lokalkommission. Dieser Wahlkreis (Süd-Ost), Urania-Billets zum Sonntag, nachmittags 1 Uhr sind noch in der Expedition, Langfurterplatz 14—15, zu haben. Aufgeführt wird: Tausend Jahre deutscher Kultur...

Schönhäuser Vorstadt. Im Jägerhaus, Schönhäuser Allee 109, findet Sonntagabend Punkt 5 Uhr, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Vartels über die Arbeitslosigkeit und unsere wirtschaftlichen Zustände sprechen wird. Nachher gemüßliches Beisammensein und Tanz. Der Vertrauensmann. Rummelsburg. Am Sonntag, nachmittags 1 Uhr, findet im „Café Bellevue“ die General-Versammlung des Wahlvereins statt. U. a. steht auf der Tagesordnung Neuwahl des Vorstandes. Die Mitglieder werden ermahnt, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonnabend, abends 9 Uhr, findet im Lokal des Herrn Kasubke, Friedrichstr. 81, eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Bericht vom Münchener Parteitag; Berichte und Rechnungen des Vertrauensmannes, der Redatoren und der Lokalkommission; Wahl von Delegierten zur Kreisversammlung. Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es Pflicht der Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste — auch Frauen — haben Zutritt.

Waidmannsflug. Sonntagmorgens 4 Uhr, findet bei A. Stahn in Waidmannsflug eine Parteiverammlung für den Bezirk statt.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

wurde in ihrer gestrigen Sitzung noch rascher fertig als vor acht Tagen. Die Tagesordnung wies nur wenige Verhandlungsgegenstände auf.

Zu Beginn der Sitzung verlas der Vorsteher ein Schreiben, durch das der Stadtverordnete Deutsch seinen Austritt aus der Kanalisations-Deputation meldete.

Der alte Kapp ist gestorben. Nicht sehr viele unserer Leser werden ihn gekannt haben. Allmählich verkleinerte sich auch der Kreis der Parteigenossen.

Als Laßalles Lehren im Volke Boden gewonnen, war Kapp einer der ersten Gebildeten, die sich mit ihnen befreunden.

Abgelehnter Stadtratsposten. Der für den Posten eines unbeforderten Stadtrats in Vorschlag gebrachte Rechnungsrat a. D. Magnus hat nimmermehr auf seine Kandidatur verzichtet.

Ein Berliner Durchbrenner, der 28 Jahre alte Bankbeamte Franz Scholta, der in einem hiesigen Lotteriel- und Verkaufsgeschäfte angestellt war, das Geld für vier Kose, das mit der Post einzug, unter Fälschung der Leistungen mit dem Namen des Geschäftsinhabers für sich annahm.

Der Notstand. Arbeitslosigkeit und Nahrungssorgen haben den 41 Jahre alten früheren Väter Karl Bedmann aus der Volkertstraße, der zuletzt als Tafelbedier beschäftigt war, in den Tod getrieben.

Freiwillig der Polizei gestellt hat sich in Hamburg der 21jährige Handlungsgehilfe Gustav Vornert aus der Emdenerstr. 49 in Berlin, der, wie wir kürzlich meldeten, nach Unterschlagung von 700 M. von hier flüchtig geworden war.

Billige Fleischpreise trotz der herrschenden Fleischnot hatte der Händler Hinz aus der Chaußeestraße, welcher Rinderausschnitte, Keulen usw. aus Dänemark und Holland bezog und die zur besseren Konservierung in Tonnen eingesalzene Fleische an hiesige Schlächtermeister verkaufte.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht wurde am Mittwochmorgens der 45 Jahre alte Künstler Otto Matte aus der Rathenowerstraße 44. Matte lud gegen 6 Uhr auf dem Hofe des Grundstücks Waldstr. 42 für ein Fuhrgeschäft Häckel ab.

Verloren. Ihre Ersparnisse im Betrage von 200 M. hat die Hausfrau Elise Sch. am Mittwochmorgens auf dem Wege von den Felten nach der Straße 19 oder von hier nach der Calvinstr. 28 verloren.

Eine erge Kauferei unter Schuhmännern hat, der Potsd. Korz. zufolge, am Dienstagabend in der Wachtstube eines Potsdamer Polizeireviere stattgefunden und Veranlassung zu einer strengen Untersuchung seitens der vorgelegten Behörde gegeben.

Feuerbericht. In der Nacht zum Donnerstag wurde infolge dreimaliger Meldung ein größeres Viehkaufgebot nach der Neuen Friedstraße 47 gerufen. Es handelte sich jedoch lediglich um einen Schornsteinbrand.

D. Häubners geographisch-statistische Tabellen für 1902 sind jetzt im Verlage von Heinrich Neff in Frankfurt a. M. erschienen. Das Werk ist zu bekannt, als daß seine Vorträge eingehend erwähnt zu werden brauchen.

Preis der elegant gebundenen Buchausgabe 1,50 M., der Wandtafel-Ausgabe 60 Pf.

Gerichts-Zeitung.

Rechtungswillige Sanitäts-Polizeiverordnung. In allen Regierungsbezirken sind Polizeiverordnungen erlassen, die die Aerzte verpflichten, dem beantragten Kreisarzt binnen 24 Stunden Anzeige zu erstatten, wenn ihnen in ihrer Praxis ein Fall von Sindbrotfieber bekannt wird.

Ein Generalwinkler, der zahlreiche auswärtige Geschäftsleute zu Schaden gebracht hat, stand gestern in der Person des Kaufmanns Ernst Rosak vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I.

Freiwillig der Polizei gestellt hat sich in Hamburg der 21jährige Handlungsgehilfe Gustav Vornert aus der Emdenerstr. 49 in Berlin, der, wie wir kürzlich meldeten, nach Unterschlagung von 700 M. von hier flüchtig geworden war.

Heiratsschwandeleien in umfangreichem Maßstabe wurden dem Tapezierer Max Beyer zur Last gelegt, welcher gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht wurde am Mittwochmorgens der 45 Jahre alte Künstler Otto Matte aus der Rathenowerstraße 44. Matte lud gegen 6 Uhr auf dem Hofe des Grundstücks Waldstr. 42 für ein Fuhrgeschäft Häckel ab.

Was muß man von der deutschen Literatur wissen? Das Hamburger „Freundenblatt“ schreibt: Unter diesem Titel erscheint im Verlage von Hugo Steinig, Berlin SW., ein geradezu haarsträubendes Büchlein.

Ein eigenartiges Deutsch kultiviert das „Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen“, welches das kaiserliche Patentamt herausgibt.

Appetitliches Speise-Eis. Wie die „Augsburger Volkzeitung“ berichtet, sind dieser Tage in einem Verleibungsprozeß vor dem Amtsgericht Augsburg schauerhafte Einzelheiten über die Zustände in einer italienischen Speise-Eis-Fabrik aufgedeckt worden.

Ein Berliner Durchbrenner, der 28 Jahre alte Bankbeamte Franz Scholta, der in einem hiesigen Lotteriel- und Verkaufsgeschäfte angestellt war, das Geld für vier Kose, das mit der Post einzug, unter Fälschung der Leistungen mit dem Namen des Geschäftsinhabers für sich annahm.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schrift (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementzahlung beizulegen.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Merkt. Wir können Ihnen nicht angeben, wie viele Firmen zur Zeit in das hiesige Handelsregister eingetragen sind, da die Zahl fast täglich in Folge Neueintragungen und Lösungen wechselt.

Wittkows 75. Vom Beitritt zu dieser Kasse raten wir dringend ab. Ihren Bedürfnissen wird die Central-Kassen- und Steuerkasse für Frauen und Mädchen entsprechen.

M. L. Rudolph. Die Adresse ist: Dresden, Josephsstraße, Ecke Klementen.

A. B. Ein Anstaltsbüro für Auswanderer existiert in Berlin nicht.

C. F. In jeder hiesigen Fortbildungsschule wird außer Wochenlohn auch Sonntag unterrichtet.

H. R. 50. Der Antrag ist unzulässig, die einzubehalten 100 M. kann der Vater zurückverlangen.

G. B. 100. Reim. - Kritische Tage. Wenden Sie sich an die Klinik für Geburtshilfe, Anstaltstr. 20.

M. O. Wenden Sie sich an einen Kammerverleger.

Witterungsbericht vom 16. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Table with weather forecast data for various stations including Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, and Wien. Columns include distance, wind direction, wind speed, and weather conditions.

Better-Prognose für Freitag, den 17. Oktober 1902. Etwas kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.